

FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Die Planunterlagen des Vorentwurfs der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes und des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 6 und Stroitzagen in der Zeit vom 09.04.2025 bis einschließlich 11.05.2025 öffentlich aus. Des Weiteren wurden auf der Internetseite der planungsgruppe puche gmbh veröffentlicht und standen zudem auf der Homepage der Stadt Einbeck zum Download bereit. Zusätzlich waren die Unterlagen über das zentrale Internetportal des Landes Niedersachsen einsehbar. Es bestand die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Stellungnahmen seitens der Öffentlichkeit wurden vorgetragen. Die Namen wurden anonymisiert, der Stadt Einbeck jedoch sind die Namen bekannt.

Im Folgenden wird der Inhalt der Stellungnahmen entsprechenden Abwägungs- und Beschlussvorschlägen gegenübergestellt:

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
1. Anonymisiert,06.04.2025	
Mit großem Interesse habe ich von dem geplanten Bau eines Solarparks in Naensen erfahren. Als Anwohner und Mitglied der Gemeinschaft r hiermit meine Bedenken und Einwände gegen dieses Vorhaben vor. Zunächst möchte ich betonen, dass ich die Bedeutung erneuerbarer Energien und die Notwendigkeit, den Klimawandel zu bekämpfen, voll und ganz unterstütze. Dennoch habe ich einige spezifische Bedenken bezüglich der Auswirkungen des geplanten Solarparks auf die Umwelt, die Infrastruktur und die Lebensqualität der Bürger.	
1.1 Umwelteinflüsse	
Es gibt Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen des Solarparks auf die Flora und Fauna. Eine sorgfältige Umweltprüfung scheint notwendig zu sein, um sicherzustellen, dass keine bedrohten Tierarten oder wertvolle natürliche Lebensräume der Tiere beeinträchtigt werden. Ich selbst bin sehr oft in dem geplanten Gebiet unterwegs und sehe dort immer verschiedene Gattungen von Feldhasen, Rehe , Kaninchen etc.	Zu 1.1 Für das Plangebiet wurde ein Artenschutzgutachten durch einen Sachverständigen erstellt. Durch den Fachgutachter wurde festgestellt, dass keine bedrohten Tierarten oder wertvolle natürlichen Lebensräume der Tiere beeinträchtigt werden. Im Plangebiet sind verschiedene Arten im Plangebiet nach den standörtlichen Gegebenheiten vorkommen. Das Plangebiet dient als Brutrevier für Feldlerchenpaare. Die Brutplätze werden durch externe Ausgleichsflächen kompensiert. In Be-



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
Außerdem entfallen wichtige Ackerflächen und Wiesen.	<p>weitere Brutvogelvorkommen sind Bauzeiten im Rahmen der Bauzeit einzuhalten. Fledermausquartiere und Feldhamster wurden in der Umgebung nicht nachgewiesen. Unter Berücksichtigung der oben genannten Punkte sind keine negativen Auswirkungen durch die Errichtung auf den Artenschutz zu erwarten.</p> <p>Die Stadt Einbeck hat nach sorgfältiger Abwägung aller relevanten Aspekte die Entscheidung zur Errichtung des Solarparks auf dem Grundstück der Standortauswahl für den Solarpark Naensen, der Einbettung des Solarparks in das Landschaftsbild durch Maßnahmen wie die Eingrünung am Plangebietsrand, die Durchlässigkeit des Plangebietes für Kleinsäuger oder die Sicherung einer geschlossenen Vegetationsdecke unterhalb der PV-Anlage als vertretbar hinsichtlich der Inanspruchnahme von Ackerflächen erachtet. Mit dieser Planung entspricht die Stadt Einbeck den gesetzlichen Vorgaben des Bundes und des Landes Niedersachsen zum Ausbau erneuerbarer Energien.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
1.2 Landschaftsbild	
Die geplante Größe des Solarparks könnte das Landschaftsbild erheblich verändern und die visuelle Ästhetik der Region beeinträchtigen.	<p>Zu 1.2</p> <p>Die vorliegenden Entwurfsunterlagen beinhalten eine reduzierte Plangebietsgröße. Der Solarpark Naensen erfüllt den Kriterium der Stadt Einbeck zur Errichtung von Photovoltaikanlagen. Das Kriterium der maximalen Anlagengröße von 35 ha Nettobaulandfläche wird erfüllt. Im Rahmen der Umweltberichte zum Bebauungsplan und zur Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgte eine Auseinandersetzung mit dem Schutz des Landschaftsbilds. Durch die Schaffung von Baukörpern auf einer bebauten Fläche liegt eine Erheblichkeit des Eingriffs hinsichtlich des Landschaftsbilds vor. Zur Minimierung der nachteiligen Umweltwirkungen enthält der Bebauungsplan eine Reihe an Festsetzungen im Umweltbezug. Dazu zählt die Erhaltung vorhandener Gehölze, die Anpflanzung einer lockeren Gehölzstruktur am Plangebietsrand und die Schaffung einer geschlossenen Vegetationsdecke unterhalb der PV-Anlage.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
	<p>positive Eingriffsregelung im Rahmen der naturschutzfachlichen Stellung des Bestands und der Neuplanung verdeutlicht die Berücksichtigung von entsprechenden Kompensationsmaßnahmen.</p> <p>Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>
1.3 Lärmimmissionen und Schattenwurf	
<p>Es könnte Bedenken hinsichtlich möglicher Lärmemissionen während des Baus und späteren Betriebs des Solarparks geben.</p>	<p>Zu 1.3</p> <p>Es ist zutreffend, dass Bauvorhaben, insbesondere von größerem Umfang mit unvermeidbaren Lärm, Staub und Verkehrsemissionen während der Bauzeit verbunden sein können. Diese Beeinträchtigungen sind je nach Natur nach zeitlich befristet und stellen keine dauerhafte Folge der Planung dar. Ein Anspruch auf spezielle Schutzmaßnahmen lassen sich hier aufgrund der zeitlichen Befristung der Auswirkungen nicht ableiten. hinaus sind durch die Lage des Plangebietes keine negativen Auswirkungen bzgl. des Immissionschutzes der Ortschaft Naensen zu erwarten. Die Emissionen während des Betriebs des Solarparks die vom Batteriespeicher, Wechselrichter und Trafostationen ausgehen, liegen unter den Immissionsrichtwerten der AT (Technische Anleitung). Da es sich bei den Anlagen in Relation zur Plangebietsgröße um lediglich geringfügige Flächen handelt, können die Werte eines Mischgebietes auf ein Sonstiges Sondergebiet übertragen werden.</p> <p>Durch den laufenden Betrieb der Anlage sind keine regelmäßigen Immissionen zu erwarten. Zusätzlich berücksichtigt der Solarpark Naensen die Vorgaben des Kriterienkataloges der Stadt Einbeck einen Mindestabstand von 200 m zu vorhandener Wohnbebauung, dazu gehören Siedlungen und Einzelanlagen im Außenbereich sind von diesem Mindestabstand ausgenommen.</p> <p>Die PV-Module werden in Nord-Süd-Ausrichtung installiert. Ein Schattenwurf leitet sich durch die Ausrichtung der Module lediglich für den unmittelbaren Bereich der Errichtung ab.</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
	<p>Darüber hinaus liegt ein Blendgutachten hinsichtlich möglicher Beeinträchtigungen der umliegenden Verkehrswege und angrenzenden Wohngebieten durch Reflexionen vor. Im Ergebnis konnte festgestellt, dass erheblichen Beeinträchtigungen durch den Solarerwartet sind.</p> <p>Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>
1.4 Verkehr und Infrastruktur	
Die Logistik des Baus und des Betriebs eines großen Solarparks könnte zusätzliche Belastungen für die lokale Infrastruktur mit sich bringen, erhöhte Verkehrsdichte und mögliche Schäden an Straßen und Wegen.	<p>Zu 1.4</p> <p>Der laufende Betrieb von Photovoltaikanlagen, abgesehen von gelegentlichen Wartungs- und Kontrollarbeiten, löst keinen zusätzlichen Fahrverkehr aus. Im Rahmen der Errichtung des Solarparks werden vorhandene Wirtschaftswege genutzt. Außerhalb der Bauzeit der Anlagen ist daher kaum mit Verkehr zu rechnen, weshalb die Auswirkungen auf den bestehenden Straßenraum als sehr gering eingeschätzt werden. Mit weiterem Ziel Quellverkehr durch die geplante Nutzung nicht zu rechnen.</p> <p>Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>
1.5 Energiebedarf der Region	
<p>Ich möchte auch hinterfragen, ob der produzierte Strom primär der Region zugutekommen wird oder ob er für den überregionalen Markt vorgesehen ist, was den direkten Nutzen für die Gemeinde verringern würde.</p> <p>Ich bitte daher um eine transparente und umfassende Information der Öffentlichkeit sowie eine gründliche Prüfung der oben genannten Aspekte sicherzustellen, dass dieses Projekt im besten Interesse der gesamten Gemeinde durchgeführt wird. Ich wäre sehr dankbar, wenn eine öffentliche Diskussion oder ein Bürgerdialog zu diesem Thema stattfinden könnte.</p> <p>Ich danke Ihnen im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf konstruktive Auseinandersetzung mit diesem Thema.</p>	<p>Zu 1.5</p> <p>Die Stadt Einbeck hat durch die Beratung der Aufstellungsbeschlüsse zur 20. Änderung des Flächennutzungsplans im November 2024 öffentlich und zu jedermanns Einsicht beraten. Im anschließenden Verwaltungsausschuss wurden die Aufstellungsbeschlüsse beschlossen. Im weiteren Bauleitplanverfahren wurden die Vorwürfe im Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung im März 2025 öffentlich und zu jedermanns Einsicht beraten. In der anschließenden zeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB konnte im Zeitraum vom 09.04.2025 bis einschließlich 14.05.2025 Stellung genommen werden. Die weitere Beteiligung der Öffentlichkeit wird im Rahmen der</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
	<p>wird durch die öffentliche Beratung in den weiteren Sitzungsfolgen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gewährleistet.</p> <p>Die Stadt Einbeck profitiert finanziell durch eine Akzeptanzabgabe in Höhe von 0,2 Cent pro Kilowattstunde. Die Einspeisung des gewonnenen Stroms erfolgt in eine 1-kV-Leitung. Die weiteren Hinweise zum Einsatz der gewonnenen Energie beziehen sich auf die Ausführungsplanung. Für die Klärung weiterer Fragestellungen wird auf die Ausführungsebene verwiesen.</p> <p>Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>
2. Anonymisiert, 08.05.2025	
<p>Grundsätzlich hat der Ortsrat keine Bedenken gegen die Errichtung von Photovoltaikanlagen zur alternativen Energiegewinnung und sieht dies grundsätzlich positiv an.</p> <p>weiterhin geballt mit Freiflächen-Photovoltaik und Windkraftanlagen, so wie Hochspannungsleitungen nicht nur, sondern überlastet wird.</p> <p>Langfristige massive negative Veränderungen des Orts- und Landschaftsbildes (auch durch eine Zersiedlung mit solchen Projekten) sind zu vermeiden bzw. auf ein verträgliches Maß zu minimieren und die Umwelt- und Lebensqualität, sowie die Möglichkeit der natürlichen Naherholung unbedingt zu schützen.</p> <p>Daher wird der neu erstellte Kriterienkatalog für den Ausbau von Photovoltaikanlagen im Bereich der Stadt Einbeck (Beschluss durch VA) ausdrücklich begrüßt. Gerade die darin aufgeführten Kriterien der jeweiligen absoluten Größe und Abstandsregelungen zur Bebauung werden als elementar und unverzichtbar angesehen.</p> <p>Durch das Inkrafttreten dieses Kriterienkataloges sind die vorgelegten Pläne für die Solarparke Stroitz und Naensen allerdings in der vorgelegten Form hinfällig und bedürfen daher an dieser Stelle keiner detaillierten Stellungnahme bis zum Vorlegen konkreter Pläne, die den Kriterien entsprechen.</p>	<p>Zu 2</p> <p>Die vorliegenden Entwurfsunterlagen des Solarparks Naensen entsprechen den Kriterienkatalog der Stadt Einbeck zur Errichtung von Photovoltaikanlagen. Das Kriterium der maximalen Anlagengröße von 35 % der Baulandfläche wird erfüllt. Zusätzlich berücksichtigt der Solarpark Naensen die Vorgabe des Kriterienkataloges der Stadt Einbeck einen Mindestabstand von 200 m zu vorhandener Wohnbebauung einzufügen. Spalten und Einzelanlagen im Außenbereich sind von diesem Mindestabstand ausgenommen. Im vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes erfolgt an der östlichen Plangebietsrand eine mehrreihige Eingrünung mit einer Breite von 5,0 m.</p> <p>Im Rahmen der Umweltberichte zum Bebauungsplan und zur Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt die Auseinandersetzung mit dem Landschaftsbild. Durch die Schaffung von Baukörpern auf einer bebauten Fläche liegt eine erhebliche Eingriffs hinsichtlich des Landschaftsbildes vor. Zur Minimierung der nachteiligen Auswirkungen enthält der Bebauungsplan eine Reihe an Festsetzungen im Umweltbezug. Dazu zählt die Erhaltung vorhandener Gehölzbestände, die Pflanzung einer dickeren Gehölzstruktur am Plangebietsrand und die Pflege einer geschlossenen Vegetationsdecke unterhalb der Bäume. Die positive Eingriffsregelung im Rahmen der naturschutzfachlichen Stellungnahme des Bestands und der Neuplanung verdeutlicht die Berücksichtigung von entsprechenden Kompensationsmaßnahmen.</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
Zur besseren Akzeptanz durch die Bevölkerung und zum weiteren Landschaftsbildes wird für künftige Planungen ferner eine besser schutzbepflanzung gefordert. Eine einreihige Hecke reicht hier aus. Sicht nicht aus.	Hinsichtlich der kumulativen Wirkungen sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen ist das Gebiet bereits durch Verkehrswege und Kraftanlagen vorbelastet, zum anderen ist die Fläche überwiegend vom westlichen Blickhorizont her einsehbar. Durch die Schaffung von Naensen und Stroitt wirkt die Bahnlinie als Blickbarriere. Die Ortschaft Brunen ist tiefer gelegen. Die Photovoltaik-Flächenanlage stellt kein vertikales Störelement dar, sondern wirkt in erster Linie durch die Fläche. Diese ist bereits durch die Berücksichtigung des Kriterienkatalogs beschränkt. Die dominante Wirkung kann allerdings durch die geplante Eingrünung gemindert werden. Mit zunehmender Distanz reduziert sich auch die Wirkungintensität. Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.
3. Anonymisiert, 14.05.2025	
3.1 Hiermit möchte ich anonymisiert die folgende Stellungnahme zu den Solarpark Stroitt und Naensen in gleicher Form abgeben. Die Stadt Einbeck "opfert" hier die Ortschaften Naensen und Stroitt in ihrer unmittelbaren Umgebung zwischen 45 und 60 ha große Solarparks. Die Flächen werden sollen, inzwischen wohl reduziert auf je 35 ha. Gerade die Flächen sind schon durch die 110 und 130 km/h benachteiligt, sowie die Windkraftträder, die schon gebaut wurden und die schon genehmigten neuen Windanlagen.	Zu 31 Im Rahmen der Umweltberichte zum Bebauungsplan und zur Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt die Auseinandersetzung mit dem Landschaftsbild. Durch die Schaffung von Baukörpern auf einer bereits bebauten Fläche liegt eine erhebliche Eingriffshinsichtlich des Schutzes des Landschaftsbildes vor. Zur Minimierung der nachteiligen Umwelteinwirkungen enthält der Bebauungsplan eine Reihe an Festsetzungen im Umweltbezug. Dazu zählt die Erhaltung vorhandener Gehölzbestände, die Pflanzung einer lockeren Gehölzstruktur am Plangebietsrand und die Sicherung einer geschlossenen Vegetationsdecke unterhalb der Module. Die positive Eingriffsregelung im Rahmen der naturschutzfachlichen Beurteilung des Bestands und der Neuplanung verdeutlicht die Berücksichtigung von entsprechenden Kompensationsmaßnahmen. Hinsichtlich der kumulativen Wirkungen sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen ist das Gebiet bereits durch Verkehrswege und Kraftanlagen vorbelastet, zum anderen ist die Fläche überwiegend vom westlichen Blickhorizont her einsehbar. Durch die Schaffung von Naensen und

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
	<p>Stroit wirkt die Bahnlinie als Blickbarriere. Die Ortschaft Brunsen fisch tiefer gelegen.</p> <p>Die Photovoltaikfreiflächenanlage stellt kein vertikales Störelement, sondern wirkt in erster Linie durch die Fläche. Diese ist bereits in der Berücksichtigung des Kriterienkatalogs beschränkt.</p> <p>dominante Wirkung kann allerdings durch die geplante Eingrünung gemindert werden. Mit zunehmender Distanz reduziert sich auch die Wirkungintensität.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>
<p>3.2</p> <p>Ich kann nicht verstehen, wieso diese Vorhaben solange unter der Verschwiegenheit gehalten wurden? Von Flächeneigentümern berichtet, dass es ab 2022 darum ging, sich die Flächen zu sichern, indem sie Vorverträge mit den Landwirten vereinbarten. Die Stadt hat sicherlich in einem ähnlichen Zeitraum davon Kenntnis erlangt, denn Einbeck muss der Änderung der Flächennutzungspläne zustimmen. Wenn sich hier nicht um Vorrangflächen handelt. Hätte die Stadt damals habenshon abgelehnt, hätte sich der Investor sicherlich nicht die Flächen weiter gesichert.</p>	<p>Zu 3.2</p> <p>Die Stadt Einbeck hat durch die Beratung der Aufstellungsbeschlüsse vom 20. Änderung des Flächennutzungsplans vom November 2024 öffentlich und zu jedermanns Einsicht beraten und somit der Öffentlichkeit bereits frühzeitig über die Pläne Kenntnis gesetzt. In anschließenden Verwaltungsausschuss wurden die Aufstellungsbeschlüsse beschlossen.</p> <p>Im weiteren Bauleitplanverfahren wurden die Vorentwürfe für den Bauleitplan vom März 2025 öffentlich und zu jedermanns Einsicht beraten. In der anschließenden frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB konnten im Zeitraum vom 09.04.2025 einschließlich 14.05.2025 Stellungnahmen abgegeben werden. Die Beteiligung der Öffentlichkeit am Verfahren wird durch die öffentliche Diskussion in den weiteren Sitzungsfolgen und im Rahmen der öffentlichen Beteiligung gewährleistet.</p> <p>Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>
<p>3.3</p> <p>Gerade für Stroit werden die Wanderwege zum Wald entlang des Gemeinschaftshauses und dann über die Parallelwege von der Straße</p>	<p>Zu 3.3</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>dem Berge bis zur Bahn und dann entlang der Bahn bis zur Straße gegangen. Weiterhin die Straße zum Kampe, von dort über den Ortsplatz und die Kohlig zurück ins Dorf.</p> <p>Die geplanten Solarflächen nördliche der Bahntrasse beeinträchtigen die Orientierungssuchenden mit Sicherheit, da diese Flächen entsprechend Busch / Hecken begrünt werden sollen damit eine Sicht auf die Anlagen nicht möglich sein soll. Fraglich ist der Zaun als Abschluss oder innerhalb / hinter dem anzupflanzenden Grüngürtel errichtet werden soll, um die Sicht von Modulen zu erschweren. Wenn man dann als Spaziergänger zwischen den Anlagen hindurchgehen soll, links und rechts jeweils eine Reihe hoher dichter Grünbewuchs wird dieser aktuell gut frequentierte Bereich in Zukunft gemieden werden. Somit ist der Faktor Mensch bei der Bewertung gut Mensch doch betrachtet werden. Und wenn es auch nur physisch, dass das Wissen existiert, dass sich in der Hecke / Zaun dann ein Solarpark befindet.</p>	<p>Die Hinweise beziehen sich nicht auf die vorliegenden Bauleitpläne. Es wird auf die Abwägungs- und Beschlussvorschläge zum vorhabenbezogenen Flächennutzungsplanes der Stadt Einbeck verwiesen.</p>
<p>3.4</p> <p>Die Entfernung der Solarflächen sollten von den Ortseingängen mit der Wohnbebauung erst in einer Entfernung von mindesten 500 Metern erreicht werden und entsprechend so eingegrünt werden, dass die Solarfelder von den Straßen aus zu sehen sind, um die Akzeptanz der Bevölkerung zu steigern.</p> <p>Ein Jagd im Bereich der Solarfelder wird nicht mehr möglich sein, entsprechend werden sich dort dann Tiere wie z.B. der Waschbär aufhalten, es wird noch zur weiteren Erhöhung der eingeschleppten Populationen, was eigentlich auch nicht gewünscht kann.</p>	<p>Zu 3.4</p> <p>Die vorliegenden Entwurfsunterlagen des Solarparks Naef erfüllen das Kriterium des Kriterienkatalog der Stadt Einbeck zur Errichtung von Photovoltaikanlagen. In Bezug auf vorhandene Wohnbebauung legt der Kriterienkatalog der Stadt Einbeck einen Mindestabstand von 200 m fest. Anlagen sind Splittersiedlungen und Einzelanlagen. Der Solarpark Naef erfüllt dieses Kriterium, indem die Module einen Abstand von mindestens 200 m zur nächstgelegenen Wohnbebauung im Sinne des Kriterienkatalog aufweisen. Ein größerer Mindestabstand würde zur weiteren Zersplitterung der Landschaft führen. Aus städtebaulicher Perspektive ist die Konzentration und räumliche Zusammenhang baulicher Anlagen im Vordergrund und einem größeren Mindestabstand entgegen.</p> <p>Darüber hinaus sind Sichtbeziehungen zwischen der Ortschaft Naef und dem geplanten Solarpark aufgrund der vorhandenen Vegetation an der Ortsrand und entlang der Bahnlinie nicht bzw. eingeschränkt vorhanden.</p> <p>Für das Plangebiet wurde ein Artenschutzgutachten durch einen Fachgutachter erstellt. Durch den Fachgutachter wurden die entsprechenden</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
	<p>vanten Arten im Plangebiet gemäß den standörtlichen Gegebenheiten prüft. Zusätzlich sind Details zum Artenschutz dem Umweltbericht Detail zu entnehmen. Das Plangebiet weist aufgrund des Zaa weiterhin eine Durchlässigkeit für Klein- und Mittelsäuger vor.</p> <p>Eine Jagd ist innerhalb des Solarparks nicht möglich. Allerdings ist Frage, inwieweit sich die Ausbreitung invasiver gebietsfremder Art dem genannten Waschbären innerhalb dieses Gebietes signifikant reduzieren ließe. Es handelt sich um eine Art mit durchaus artspezifischen raumansprüchen, welche nicht unbedingt in der offenen Agrarlandschaft suchen sind. Gleichsam ist die Art ein Kulturfolger mit Anpassungsvermögen für dessen Ausbreitungsregulierung mehrere Maßnahmen erforderlich sind. Alleine durch die Jagd in der offenen Feldflur dies in diesem Raum nicht geschehen.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>
<p>3.5</p> <p>Aus der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Stadtentwicklung vom 07.05.2024, Top 06 möchte ich die folgende Passage zitieren: Möchte die Stadt Einbeck ein ambitionierteres Klimaschutzziel verfolgen (deutlich) mehr als 0,5 % Flächen für Freiflächenanlagen bereitstellen, ist zu beachten, dass in Niedersachsen seit der Novelle der Raumordnung im Dezember 2023 als Grundsatz der Raumordnung gilt, dass landwirtschaftlicher Flächen mit Acker Grünlandzahlen von 50 und mehr nicht für Freiflächenanlagen in Anspruch genommen werden sollen (mit Ausnahme für sogenannte Agri Photovoltaikanlagen = verknüpft die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte mit der Solarstromproduktion auf derselben Fläche und ermöglicht eine Doppelernte). Etwa 82 % der landwirtschaftlichen Flächen die im Stadtgebiet von Einbeck fallen in diese Kategorie. Da es sich um einen Grundsatz handelt, kann dieser in der Abwägung nicht außer Acht gelassen werden. Der Grundsatz der Raumordnung kommt insbesondere dann in Frage, wenn dargelegt werden kann, dass weniger wertvolle landwirtschaftliche Flächen zur Nutzung für Freiflächenanlagen nicht (mehr) verfügbar sind. In</p>	<p>Zu 3.5</p> <p>Wie bereits richtig festgestellt, handelt es sich hinsichtlich der Vornahme der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen um einen sog. Grundsatz der Raumordnung, welcher der gemeindefreien Abwägung zugänglich ist. Die Stadt Einbeck hat zur Steuerung und Lenkung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet, außerhalb von privilegierten Flächen, einen Kriterienkatalog entwickelt. Der Katalog soll die nachhaltige Energieversorgung steuern und somit einen Beitrag zur Klimaneutralität der Stadt Einbeck und des Landes Niedersachsen leisten. Der Kriterienkatalog umfasst u.a. flächenbezogene und anlagenbezogene Kriterien sowie Verfahrensvorgaben und die Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten und der wirtschaftlichen Aspekte. Der Solarpark Naesfeld erfüllt alle Vorgaben des Kriterienkatalogs, sodass die Stadt Einbeck die Errichtung des Vorhabenträgers unterstützt. Hierbei gilt auch ein Kriterium der Inanspruchnahme hochwertiger landwirtschaftlicher Böden. Laut dem NKLimaG Flächen mit einer höheren Acker-Bodenwertzahl von mehr als 50 Punkten nicht für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Anspruch</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>B. auf der Grundlage einer systematischen Ermittlung von mehr oder weniger geeigneten Flächen für Freiflächen-Photovoltaikanutzung außerhalb der Flächenkulisse nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 b) bb) BauGB erfolgen.</p> <p>....</p> <p>Vor diesem Hintergrund wurde die als Anlage beigefügte Analyse führt. Dabei wurde ermittelt, welche Flächen für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen entlang von Schienenwegen im Stadtgebiet Einbeck den Kriterien des § 35 Abs. 1 Nr. 8 b) bb) BauGB entsprechen und welche Flächen für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Frage kommen. Anhand der Ergebnisse kann eine Entscheidung erfolgen, ob und in welchem Umfang die Ausweisung weiterer Flächen für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen erforderlich ist, einen angemessenen Beitrag für das Erreichen der landesweiten Ziele. Im Ergebnis liegt der ermittelte Gesamtumfang der für eine Freiflächen-Photovoltaikanutzung in Betracht kommenden Außenbereiche mit rd. 236,9 ha etwa doppelt so hoch wie das in der Vorliege die herangezogene Ziel des NKlimaG.</p> <p>Zitat Ende.</p> <p>Somit können alleine privilegierten Flächen, wo die Stadt Einbeck kein Mitspracherecht hat, den notwendigen 0,5 % Flächenanteil für Freiflächen-Photovoltaikanutzung fast verdoppeln. Anstatt erstmal abzuwarten, welche Flächen angefragt und dann bebaut werden, sollen hier wertvoller Außenbereich bebaut werden. So beeinträchtigt die Stadt Einbeck die Ortschaft und Naensen, da alleine durch die 2 Solarparks der Zielwert von 0,5 % Flächenanteil erzielt werden kann. In der Vorliege stellen die Änderungen der Flächennutzungspläne erstmal zurück zu stellen abzuwarten, welche privilegierten Flächen in den nächsten 3 Jahren angefragt und bebaut werden. Jetzt schon private Anlagen im Sommer abgeregelt werden, weil man weiß wohin mit dem Strom und er muss dann teuer ins Ausland verkauft werden. Die beiden Solarparks bewirken positives in Sachen Stromerzeugung für die Stadt Einbeck und die umliegenden Dörfer. Sollten Solarparks gebaut werden dürfen, sollte jeder Solarpark einen Batteriepark verpflichtend zur Unterstützung des öffentlichen Netzes bauen, der tags</p>	<p>zu nehmen, kann nicht pauschal auf das Stadtgebiet von Einbeck übertragen werden. Das Stadtgebiet von Einbeck zeichnet sich durch ein von hochwertigen landwirtschaftlichen Böden aus und weist daher durchschnittlich eine Bodenwertzahl von 65 Punkten auf. Diese Tatsache wurde im Kriterienkatalog berücksichtigt, sodass die durchschnittliche Bodenwertzahl des Plangebietes unterhalb von 65 Punkten liegen muss. Der Naensen erfüllt dieses Kriterium.</p> <p>serung der Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien im Stadtgebiet.</p> <p>nes Korridors längs von Autobahnen oder Schienen des übergeordneten Netzes in einer Entfernung von bis zu 200 m, gemessen am Fahrbahnrand, als privilegiertes Vorhaben zulässig. Auf Basis dieser Gesetzesänderung hat die Stadt Einbeck eine entsprechende Analyse aller privilegierten Flächen durchgeführt. Auf die Entwicklung dieser Flächen hat die Stadt Einbeck aufgrund der Gesetzesänderung keinen Einfluss. Vielmehr verfolgt die Stadt Einbeck neben den für Freiflächen-Photovoltaikanlagen privilegierten Flächen die Steuerung von Freiflächenanlagen im weiteren nicht privilegierten Außenbereich. Dazu wurde ein entsprechende Kriterienkatalog aufgestellt. Hierbei schließt sich die von Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf privilegierten und nicht privilegierten Flächen nicht aus, sondern trägt gemeinsam zur Förderung der erneuerbaren Energien bei. Dabei handelt es sich um eine Mindestvorgabe, so dass Kommunen durchaus mehr Flächen ausweisen können und somit eine bildfunktion hinsichtlich des Ausbaus erneuerbarer Energien einnehmen. Insbesondere Kommunen wie Einbeck mit einem größeren Stadtgebiet geeignet mehr als 0,5 % der Fläche für Photovoltaik-Freiflächenanlagen auszuweisen.</p> <p>Der Solarpark Naensen beinhaltet gem. Vorhaben der Anschlussplan an Batteriespeicher im südöstlichen Bereich des Plangebietes. Dies beispielsweise zur Zwischenspeicherung genutzt werden, indem der über erzeugte Strom gespeichert und dann bei schlechten Wetterlagen in das Stromnetz eingespeist wird.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>den überschüssigen Strom der bestehenden Solaranlagen einspeicht und über Nacht wieder abgibt. Die Größe müsste anhand der noch ten und zukünftigen Solarparks zwischen diesen aufgeteilt werden Netz in Spitzenzeiten / Mittagszeiten entlasten zu können.</p> <p>Auf Grundlage des neu beschlossenen Kriterienkataloges mit den chenden Bodenpunkten und maximalen Größen der Freianlagen so Vorhabenträger neue Planunterlagen gefordert werden und bis zu chung der neuen Planungen Adislegung aufheben und dann erst wi in die öffentliche Auslegung gehen. Wieso das nicht sofort nach gabe des Kriterienkataloges umgesetzt wurde, entzieht sich mein nis, wäre aber aus meiner Sicht die einzige und richtige Entscheidung.</p> <p>Ich habe zwei Karten mit Bodenpunkten für die Bereiche beigelegt wäre kaum eine Zusammenhängende Fläche mehr möglich. Wieso fentlichkeit mit etwas zu belasten, was nachweislich so keinen B ben wird ! Ich zweifle hier klar die Richtigkeit bezüglich der Vorgehe weise für die Änderung des Flächennutzungsplanes an. In anderen werden Nachforderungen gestellt und das Verfahren wird ruhen bis die Nachforderungen eingegangen sind. Wieso das hier nicht s habt wird wundert mich! Die Stadt sollte kein Interesse daran habe Änderungen der Flächennutzungspläne schnellstmöglich durchzuw sondern Sie hätte mit der Bevölkerung schon deutlich früher das suchen sollen um so transparent das Verfahren zu können.</p> <p>Die Lage der frei gewählten Solarparks hat nichts mit der immer wählten priorisiertem Korridor für Photovoltaikanlagen zu tu da dieser Bereich nicht privilegiert ist, da dort nur noch 1 Gleis vorhand Somit sollte die Stadt das Vorhaben entsprechend zurückstellen, wird, ob die privilegierten Flächen ausreichend angenommen werden, das 0,5 % Ziel der Freiflächenphotovoltaik zu erreichen. Es muss auf die 200 Meter Linie von der Bahntrasse abgestell werden, weil diese auch nicht maßgeblich ist.</p>	<p>Die vorliegenden Entwurfsunterlagen wurden aufgrund der Vorga Kriterienkataloges angepasst und erfüllen somit alle Kriterien. Die chung oder Aussetzung des Bauleitplanprozesses bzw. der frühze teiligungsverfahren leitet sich daraus ab. Nach den frühzeitigen Be gungsverfahren können Anpassungen gem. BauGB an der Planung nommen werden, ehe der zweite Beteiligungs schritt in öffentli- chung/öffentliche Auslegung durchgeführt wird.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>3.6</p> <p>Weiterhin habe ich keinen Hinweis darauf, in wie weit der Netzbetreiber solcher Solarparks in sein Stromnetz integrieren kann, oder ob die Netze entsprechend ausgebaut werden muss und die Einwohner der Stadt und den anliegenden Dörfern dann eventuelle Stromkosten zu zahlen haben, wenn die Netze für diese Solarparks ertüchtigt werden. Hierzu hätte ich gerne eine Auskunft, ob der Netzbetreiber gewillt ist, Solarparks auch anzuschließen, da sie keine Privilegierung haben.</p>	<p>Zu 3.6</p> <p>Dem Vorhabenträger des Solarparks liegt bereits ein Netzverknüpfungspunkt bzw. Einspeisezusage seitens des Netzbetreibers vor.</p> <p>Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>
<p>3.7</p> <p>Weiterhin finde ich es befremdlich, wenn die Stadt insgeheim, ohne die Bevölkerung zu sprechen, sich vorab schon Bereiche herausgesucht (z.B. Lage Nullvariante), wo man Photovoltaikfreiflächenanlagen ermöglichen kann. Und natürlich wieder am äußeren Rand des Stadtgebietes und ja nicht in der Nähe von Einbeck. Eine Systematik, die sich auch im Bereich Windkraft so schon gezeigt hat. Welche privilegierten Flächen hat man denn dem Investor angeboten oder auf welche Flächen wurde der Investor verwiesen, bevor die Stadt Einbeck die 2 Flächen dem Investor genannt hat.</p> <p>Wo ist hier die Gleichberechtigung, dass allen Bürgern das selbe aufgeburdet wird. Es kann außerdem nicht sein, dass nur diese Bereiche durch die Stadt ausgewiesen werden und ansonsten kein Kaufgelegenheit. Welche Flächen noch zur Verfügung stehen. Somit stellt sich hier die Objektivität der Stadt bezüglich alternativen Vorschlägen, die es aus meiner Sicht mit Sicherheit geben wird. Nur wenn man nachsuchen will und sich mit dem erst bestmöglichen gibt, dann findet man keine Alternativen.</p>	<p>Zu 3.7</p> <p>Bei dem vorliegenden Bebauungsplan handelt es sich um einen vorläufigen Bebauungsplan. Der Vorhabenträger hat mit einer konkreten Planung beabsichtigt die Nutzung des Plangebietes durch die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen. Die Stadt Einbeck unterstützt das Vorhaben.</p> <p>Das Plangebiet weist aufgrund der Lage entlang der Bahnlinie und in der Nähe von Windkraftanlagen eine entsprechende Vorbelastung auf. Darüber hinaus weisen die Flächen des Plangebietes aufgrund vorhandener Wirtschaftsweges eine gute Erschließungsfunktion vor.</p> <p>Andere Flächen im Stadtgebiet, auch privilegierte Flächen entlang von geordneten Verkehrswegen, stehen dem Vorhabenträger in einem Rahmen der Umsetzung der vorliegenden Planung geeigneten Flächen zur Verfügung und stellen daher für die Realisierung der vorliegenden Planung gem. des Vorhabens und Erschließungsplanes keine verfügbare und geeignete Alternative dar.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>
<p>3.8</p> <p>Weiterhin werden die Grundstücke in Stroitz und Naensen sicherlich Grund der verschlechterten Wohnqualität an Wert verlieren, denn</p>	<p>Zu 3.8</p> <p>Die Stadt Einbeck hat gemäß § 1 Abs. 7 BauGB mit den öffentlichen und privaten Belangen auseinandergesetzt und diese gegeneinander</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Strom wird ja in das Mittelspannungsnetz eingespeist und damit transportiert und verbleibt nicht hier in der Region. Die Nacht wir und nicht der Investor baut nicht vor seiner eigenen Haustür. Vielmehr sollten wir die eh schon vorhandenen Parkplätze mit Photovoltaik überdachen lassen. Hier wären dann die Autos von der Sonne geschützt und es würde zu keiner weiteren Flächenversiegelung mehr kommen. Außerdem hat die öffentliche Hand noch vielen Flächen, die sie dem Vorhabenträger anbieten könnte. Der Zubau der privaten Photovoltaik sollte besser unterstützt werden und eventuell über zinsgünstige Darlehen der Stadtwerke unterstützt werden, die dann über die erzeugte Energie zurückgezahlt werden könnten. Hier ist dann nur die Bauaufsicht einsprechend mitziehen und Solaranlagen ohne große Auflagen genehmigen wie hier einfach die 2 Bereiche erstmal von der Stadt bereitgestellt werden.</p>	<p>einander gerecht abgewogen. Mit der vorliegenden Planung erfolgt die Richtung von Photovoltaikflächenanlagen und somit der Ausbau erneuerbaren Energien im Stadtgebiet. Durch ein Blendgutraumverhältnis von 1:1000 werden erhebliche negative Beeinträchtigungen für die vorhandene Wohnbebauung ausgeschlossen werden.</p> <p>Die Installation von Photovoltaikmodulen auf versiegelten Flächen wie auf Siedlungsflächen, Dächern oder an Gebäuden sowie Lärmschutzwänden ist grundsätzlich eine vielversprechende Möglichkeit zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Diese Flächen sind bereits erschlossen und beanspruchten zusätzlichen Raum, was aus ökologischer Sicht vorteilhaft ist. Strom kann durch die dezentrale Energieerzeugung direkt an den Orten, wo er verbraucht wird, die Netzlast verringert und der Eigenverbrauch erhöht werden.</p> <p>Trotz dieser Vorteile gibt es erhebliche Einschränkungen, die dazu führen, dass diese Lösung aktuell nicht als vollwertige Alternative angesehen werden kann. Der Hauptgrund ist die begrenzte Verfügbarkeit dieser Flächen. Viele der potenziell nutzbaren Flächen befinden sich im Privatbesitz, was den schnellen Zugang und die Umsetzung erschwert. Derartige Projekte erfordern oft langwierige Abstimmungsprozesse, Investitionsbereitschaft und Genehmigungen, die die Realisierung verzögern.</p> <p>Ein weiteres Problem ist die Skalierbarkeit: Um vergleichbare Energieerzeugung wie bei zentralen Energieerzeugungssystemen zu erzielen, wäre die Installation einer großen Anzahl von Anlagen erforderlich. Diese müssen auf kleinen Flächen verteilt werden, was technisch komplex, kostenintensiv und in der Praxis schwer umsetzbar ist. Die individuelle Leistung jeder Photovoltaikanlage ist im Vergleich zu großen Solarparks relativ gering, was führt dazu, dass ein erheblicher Zubau von kleinen Anlagen notwendig wäre, um einen nennenswerten Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs zu leisten.</p> <p>Angesichts der aktuellen Energiekrise, die schnelle Lösungen erfordert, handelt es sich um eine langfristige Maßnahme, die parallel zu anderen Maßnahmen verfolgt werden sollte. Photovoltaikanlagen auf versiegelten Flächen sind zwar ein wichtiger Bestandteil</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
	<p>des zukünftigen Energiemixes, doch in der aktuellen Krise sind sie zusätzliche Option und weniger als zentrale Lösung zu betrachten.</p> <p>Die Stadt ist zu dem Fazit gekommen, dass die öffentlichen Belange die städtebauliche Entwicklung des Plangebietes gegenüber den privaten Belangen überwiegen.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>
<p>3.9</p> <p>Man sollte auf Windkraft im gesamten Stadtgebiet setzen, da hier während der Nachtzeiten Strom erzeugt werden könnte. Dieses ist jedoch nur während des Tages bei Solarparks möglich. Ich bezweifle, dass auf der Fläche von Stroit nach Westende Windkraftträd, keine Auswirkungen auf die Solarerzeugung haben wird. Da der Schattenschwerm einen großen Teil der Solarmodule laufen wird, wird in diesem Bereich sicherlich nicht die ungestörte Erzeugung möglich sein, sondern die Leistung deutlich verringert sein. Außerdem wandert der Schatten des Turms den gesamten Tag über die Solarmodule und in diesem String, sofern Optimierer verbaut wurden, ist die Leistung des Strings noch deutlich abgesetzt, als durch den Flügelschlags. Es bei der Genehmigung bezüglich des Solarparks klar festgehalten werden, dass die Nutzung nicht gestört werden darf und ein Rückbau inklusive aller Fundamente zu erfolgen. Es kann nicht sein, dass nachher die Solarparks abgeschaltet werden. Es bleibt analog zum 1. Windkraftträd hinter Holtershausen abgeschaltet wurde und schon längst hätte zurückgebaut werden müssen. Solarparks bestehen.</p>	<p>Zu 3.9</p> <p>Die Energiegewinnung aus Wind und Solarkraft stellen zwei effiziente Alternativen der erneuerbaren Energiegewinnung dar, die sich nicht aus, sondern tragen zur nachhaltigen Energieversorgung bei. Die weiteren Hinweise beziehen sich nicht auf die vorliegende Bauleitplanung.</p> <p>Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>
<p>3.10</p> <p>Eine Nutzung der Anbauverbotszone, wie in der Begründung im Vorhaben unter 6.3 angesprochen wurde, kann nicht gesehen werden, da es ein Verstoß gegen die Auflagen der Bundesstraße ist. Ein Verstoß eines Verkaufsautomaten aus Stroit sehr hohe Auflagen zur Nutzung seines Hinweisschildes gemacht wurden. Das Hinweisschild wurde nur Mobil aufgebaut und stellt eine deutlich geringere Gefahr für den Verkehr dar.</p>	<p>Zu 3.10</p> <p>Im Rahmen der vorliegenden Entwurfsunterlagen des Bebauungsplans wird die Bauverbotszone der Bundesstraße in Abstimmung mit der zuständigen Behörde für Straßenbau eingehalten. Die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs werden durch die Planung nicht negativ beeinflusst. Die weiteren Hinweise beziehen sich nicht auf die vorliegende Planung.</p> <p>Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
von der Fahrbahn abkommende Autos dar, als massiv einbetonierkonstruktionen auf denen dann Solarmodule errichtet werden. Ins ist auch entlang des 590 die Sicht durch einen Grüngürtel rund um larfreifläche zu verhindern.	
3.11 Der Brandschutz unter Punkt 6.5 in dem Vorentwurf der Begründung nicht so einfach abgetan werden. Sollte es zu einem Kabelbrand & von einer Beschädigung von einem Solarkabel durch Marderbiss & einen Produktionsfehler kommen, ist und der Überdachung der Flächen zu erwarten, dass sich ein Brand extrem schnell ausbreiten entsprechend die gesamte Anlage und sich darüber hinaus ausbre könnte. Somit sind in dem Plangebiet in Regelmäßigen Abständen anzulegen, die die Feuerwehr gefahrlos befahren kann inklusive einer demöglichkeit. Es gibt Überwachungsanlagen, die entsprechend a bases Waldgebiete überwachen können. Hier ist soetwas für die anzuordnen, um auf ein potentiellies Feuer schnellst reagie können.	Zu 3.11 Bei der Errichtung & Betrieb der Photovoltaikflächenanlagen sind d aktuellen technischen Standards zu beachten. Dazu zählen insbes brandschutztechnischen Anforderungen. Im Rahmen des Vordar schließungsplanes werden n der Änderungen des Brandschutzes berücks tigt. Die weiteren Auflagen zur Brandschutzsicherheit sind auf Aus ebene durch den Vorhabenträger vorzuweisen. Entsprechende Abstil mung mit dem Stadtbrandmeister ist bereits erfolgt. Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen. Es w auf die Ausführungsebene verwiesen.
3.12 Die überschlägige Betroffenheitsbewertung ist aus meiner Sicht i rekt. Die Jagdvögel wie Wanderfalke und Rotmilan können auf der sich keine Nahrung mehr suchen. Der Weißstorch, der aktuell run gesichtet wurde nutzt die Äcker und die Grasflächen für Nahrungssuche. Ich füge Bilder aus Stroit von 2 Störchen im Ber erwehrsirene der Mail hinzu. Für die 2. Beteiligung werde ich sich Bilder von Jagdvögeln zur Verfügung stellen können. Somit ist die schutzrichtlinie nicht außer acht zu lassen. Insgesamt erwarte ich bei einem solchen Verfahren, dass eine Un träglichkeitsvorprüfung durchgeführt wird, um entsprechend den kartieren. Leider ist erst vor kurzem eine Grünfläche / Brache wie brochen worden, wo man hätte fundieren können (Bild anbei). Hier auch zu überprüfen, wie weit die Zauneidechse und Blindschleiche Nachweislich in Northeim auf Schotterflächen der Bahn gefunden	Zu 3.12 Für das Plangebiet wurde ein Artenschutzgutachten durch einen achter erstellt. Durch den Fachgutachter wurden die entspreche vanten Arten im Plangebiet gemäß standörtlichen Gegebenheiten prüft. Das Plangebiet dient als Brutrevier für die Störchenpaare. Die Brut viere werden durch externe Ausgleichsflächen kompensiert. In Be weitere Brutvogelvorkommen sind Bauzeiten im Rahmen der Baua rung einzuhalten. Unter Berücksichtigung der oben genannten Ma sind keine negativen Auswirkungen durch die Planung auf den Arten zu erwarten. Im Artenschutzgutachten wurde zu den genannten Arten auf den Rot milan, keine Auswirkungen prognostiziert. Im Bebauungsplan wird eine e sprechende Bauzeitenregelung berücksichtigt.



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
beim Bau der "Zubringerstraße" in den Bereich der zukünftigen Suvorrücken werden. Die Eingrünung könnte für Fressfeinde eine geTarnung und für Jagdvögel ein optimaler Ansitz sein, um die Zaunerlegen zu können.	Weiterhin sind Jagdreviere und sporadische Aufenthaltsbereiche tenschutzrechtlich geschützt, sofern es nicht zu einer signifikanten Reduzierung der Population führt. Für den Weißstorch wird dies ausgeschlossen. Intensiv genutzte Ackerflächen sind nicht das primäre Jagdhabitat. Eine signifikante Reduzierung der genannten Arten wird in der faunistischen Untersuchung ebenfalls nicht prognostiziert. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wird im Verfahren durch den Umweltbericht durchgeführt. Reptilien wie die Zauneidechse sind in ihren Lebensraumansprüchen bestimmten Biotoptypen gebunden. Ackerflächen können aber ebenfalls ausgeschlossen werden. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
3.13 Bezüglich des Immissionsschutzgesetzes ist ein Schallgutachten vorzulegen, wie laut das Umspannwerk sein wird. In Freden wird dieses bei der Solarpark aktuell zu einem Politikum. Bei bestimmten Windlagen ist die Bahn, die Autos von der B3 und Flügel der Windkrafttrader im selben Ort Stroit zu hören. Die Umspannwerke sollten entsprechend abgeordnet werden, dass keine Geräusche in Stroit und Naensen gehört werden.	Zu 3.13 Die Emissionen während des Betriebs des Solarparks, die vom Batteriespeicher, Wechselrichter und Trafostationen ausgehen, halten die Immissionsrichtwerte der TA (Technische Anleitung) Lärm ein. Da es sich bei den Flächen in Relation zur Plangebietsgröße um lediglich geringfügige Flächen handelt, können die Werte eines Mischgebietes auf ein Sonstiges Sondergebiet projiziert werden. Vor diesem Hintergrund ist die Erstellung eines Schallgutachtens nicht erforderlich. Ein Umspannwerk ist im vorliegenden Bereich nicht geplant. Der Anregung auf Erstellung eines Schallgutachtens wird nicht geantwortet.
3.14 Wie werden die Gräben zwischen den Äckern gesehen, nicht als Gewässer III. Ordnung? Wie sollen diese Gräben nicht betriebl. genutzt werden oder werden diese ausgespart und nicht überbaut und bleiben so hin unberührt? Oder sollen diese eventuell sogar verrohrt werden?	Zu 3.14 Ein Graben der 3. Gewässerordnung durchquert das Plangebiet im Bereich des Geltungsbereiches. Der Großteil dieses Grabens befindet sich innerhalb der zur Erhaltung festgesetzten Fläche und wird nicht überbaut. Ein Teilbereich des Grabens befindet sich innerhalb des Sonstigen Sondergebietes. Gemäß des Vorhabens- und Erschließungsplanes erfolgt auch für diesen Bereich keine Überbauung. Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>3.15</p> <p>Die Biologische Vielfalt verändert sich sicherlich, die Frage ist, wie die Aufständungen durch die Module verändert werden? Bleibt das geschnittene Gras als Schnittgut je nach Graslänge und Mähzeit einen Einfluss auf die Vegetation haben? Welche Pflanzen werden sich unter den Modulen ansiedeln? Erfahrungen hat man aus anderen Solarparks diesbezüglich? Leider dazu noch nichts in dem Bericht, aber eine Betroffenheitsabschätzung ist somit gegeben.</p>	<p>Zu 3.15</p> <p>Das Schutzgut der biologischen Vielfalt ist durch die Planung aller Module betroffen, da die vorhandenen Ackerflächen im Plangebiet durch die Entwicklung einer geschlossenen Vegetationsdecke unter den PV-Modulen aufgewertet werden. Unterhalb der Module erfolgt die Einsaattiefe einer naturnahen Landschaftsrasenmischung, welche durch eine maximale zweimalige Mahd pro Jahr gepflegt wird. Darüber hinaus ist der Einsatz von Düngern und Pflanzenschutzmitteln unzulässig. Die Modulunterkante weist einen Abstand zum Boden von 0,8 m auf. Der Abstand der Module ist im Rahmen der Ausführungsplanung zu regeln.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>
<p>3.16</p> <p>Es wäre schön gewesen, wenn es schon eine Ausführungsplanung der Aufständungen gegeben hätte, wo man sich genauer ein Bild machen könnte, wie hoch die Solarmodule an welcher Stelle zur Giebelseite sein werden und in wie weit die Begrünung ausreichend ist.</p> <p>Anhänge: Bodenkarte Stroit Richtung Naensen Bodenkarte Stroit Richtung Wenzen Fotos von Störchen 4 x Nullvariante Umgebrochene Grün- bzw. Brachfläche</p>	<p>Zu 3.16</p> <p>Den vorliegenden Entwurfsunterlagen liegt der Vorhabenanschauungsplan bei. Dem Plan ist das Aufstelllayout, Zuwegungen sowie Details zu entnehmen.</p> <p>Der Hinweis wird in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>
<p>4. Anonymisiert, 15.05.2025</p>	
<p>Zum Leidwesen hiesiger Feldlerchen</p> <p>Guten Tag,</p> <p>die Bebauung der Fläche im Bereich Stroit mit Solareinrichtungen führt zu einer Einschränkung der Lebensbedingungen der Feldlerchen. Die Lebensbedingungen werden nach dem Ende von mindestens 15 Gelegenheiten</p>	<p>Zu 4</p> <p>Für das Plangebiet wurde ein Artenschutzgutachten durch einen Sachverständigen erstellt. Durch den Fachgutachter wurden die entsprechenden Arten im Plangebiet gemäß den standörtlichen Gegebenheiten geprüft. Das Plangebiet dient als Brut- und Lebensraum für Feldlerchenpaare. Die Brut- und Lebensräume werden durch externe Ausgleichsflächen kompensiert. In Be-</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>der Feldlerche bedeuten. Diese Zahl halte ich eher noch für zu niedrig. In den letzten Jahren habe ich zwischen Stroitz Naensen Burg Grenze Feldmark Voldagsen Wenzeln unten stehende Werte ermittelt. Selbst noch weit erfahrene Naturbeobachter als ich können sich schätzen der Zahl der Feldlerchen fehl gehen (siehe naturguckerj. okt. 2022, S.78)</p> <p>Sollte der Bestand der Feldlerchen seit den Zeiten des Ackerbaus 1950er bis Anfang 1960er bis jetzt nicht bereits um zwei Drittel zurückgegangen sein, dann wird der Lebensraum der Feldlerchen umso stärker bedroht. Die Erfahrungen alteingesessener Landbewohner jenen Tagen besagen nämlich, dass bei der Handarbeit im Feld (z.B. ten der aufgestellten Garben) allerorten Lerchennester zu finden seien, was heutzutage bereits kaum der Fall sein dürfte.</p> <p>War zudem in historischen Zeiten nebst dem Krammetsvogel (Waldrossel) und der Fettammer (Ortolan) die Feldlerche nämlich ein Speisevogel, so dürfte das auch als ein Zeugnis für die Häufigkeit der Feldlerchen gelten und nicht bloß für Feldmark.</p> <p>Feldlerchen stellen außerdem eine Nahrungsquelle dar für zum Beispiel den Feldvögel, die über die Feldlerchen auf Nahrungssuche zu beobachten sind, indem sie nämlich die Feldlerchen durch ihren niedrigen Flug aufschrecken und dann greifen. Auch der Feldvögel und andere Lebewesen werden im zukünftig nicht mehr "Kulturlandschaft" zu nennenden Bereich noch stärker beeinträchtigt werden.</p> <p>[siehe Foto vom 01.05 mit folgendem Text: 01/05/23 15:00 Stroitz Naensen Burgfeld Greifvogel unbest. Weihe? 1 Nahrung suchend wie neulich same place, knapp über Getreide, Weißbürzel, immer so 3 bis 4 M über das wadenhohe Korn Kleines Burgfeld Naenser Sülte, dann out of sight]</p>	<p>weitere Brutvogelvorkommen sind Bauzeiten im Rahmen der Baubestimmung einzuhalten. Unter Berücksichtigung der oben genannten Maßnahmen sind keine negativen Auswirkungen durch die Planung auf den Artbestand zu erwarten.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Das Vorhaben, diese nunmehr ehemalige Kulturlandschaft in eine Produktions- und Strominfrastrukturlandschaft zu verwandeln ist ein Vorhaben, dessen Dimensionalität offenbar weder den Planern noch den Beteiligten Schar klar ist.</p> <p>Ich bin hochofreut, ein Gegner solcher aberwitzigen Vorhaben zu protestieren hiermit.</p>	

FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Gemeinden wurden gemäß § 4 und § 2 (2) BauGB beteiligt. Zu diesem Zweck ist ihnen am 07.04.2025 Information zum Dvord der Planunterlagen für die 20. Änderung des Flächennutzungsplans Naenser und Stroit mit der Bitte

um Stellungnahme bis zum 05.2025 igitazugeleitet worden.

Von folgenden Adressaten liegen keine Stellungnahmen vor:

LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mgH
 Ilmebahn GmbH
 RBB Regionalbus Braunschweig
 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig
 LGLN, RD Northeim, Amt für Landentwicklung, Göttingen
 LGLN, RD Northeim, Katasteramt Northeim
 Bundesnetzagentur (BNetzA)



Stadtwerke Einbeck

Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küst- und Naturschutz, BS Süd

Stadtentwässerung Einbeck

Wasserverund Entsorgungsgesellschaft Kreiensen mbH

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Staatliches Baumanagement Göttingen

Finanzamt Bad Gandersheim

Arbeitsamt Göttingen

Industrieund Handelskammer Hannover

Handwerkskammer Hildesheim

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Göttingen

Polizeikommissariat Einbeck

Polizeidienststelle Bad Gandersheim

Ev.-luth. Landeskirche Braunschweig

Bischöfliches Generalvikariat

Kirchenkreisamt Northeim

Katholisches Pfarramt Einbeck

Katholisches Pfarramt St. Mariä Himmelfahrt Bad Gandersheim

Landesjägerschaft Niedersachsen e. V.

Feuerwehrtechnische Zentrale

Behindertenbeauftragter der Stadt Einbeck

Einbeck Marketing GmbH

Landvolk Northeim-Osterode, Kreisbauernverband e. V.



Ev.-luth. Gesamtverband Einbeck
Zweckverband Verkehrsbund Niedersachsen (ZVSN)
Stadt Dassel
Stadt Moringen
Stadt Northeim
Flecken Delligsen
Samtgemeinde Eschershausen/Stadtoldendorf
Samtgemeinde Freden
Gemeinde Kalefeld
Stadt Bad Gandersheim

Folgende Träger öffentlicher Belange haben mit ihrem keine Anregungen oder Bedenken gebracht; eine Abwägung ist somit nicht erforderlich:

Bundesamt für Infrastruktur, Umwelt und Dienstleistungen der Bundeswehr, 08.05.2025
Harzwasserwerke GmbH, 08.04.2025
Ericsson Services GmbH, 08.04.2025
Leineverband, 09.04.2025
Avacon Netz GmbH, 14.04.2025
TenneT TSO GmbH, 14.04.2025
EAM Netz GmbH, 15.04.2025
Stadt Einbeck, Abt. Wirtschaftsförderung, 22.04.2025
Deutsche Telekom Technik GmbH, 23.04.2025
TransnetBW GmbH, 24.04.2025



Nowega GmbH, 10.04.2025

Bundespolizeidirektion Hannover, 13.05.2025

Vodafone GmbH, 13.05.2025

Die folgenden Stellungnahmen sind in Bezug auf die darin enthaltenen Anregungen geprüft worden. Im Folgenden wird der Inhalt der Stellungnahmen entsprechenden Abwägungs-Beschlussvorschlägen gegenübergestellt:

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
1. Landkreis Northeim 06.05.2025	
1.1 Bauplanung	
Gegen die Vorhaben bestehen aus bauplanungsrechtlicher Sicht keine Bedenken.	Zu 1.1 Die positive Stellungnahme der Bauplanung wird zur Kenntnis genommen.
1.2 Brandschutz	
Im Zuge der Erschließung des sonstigen Sondergebietes (SOEE) sind in der Sicht des Vorbeugenden Brandschutzes nachstehende Punkte zu berücksichtigen:	Zu 1.1 Es wird auf den nachfolgenden Abwägungs- und Beschlussvorschlag 1.2.1 verwiesen.
1.2.1	
1. Im Zuge der Erschließung bzw. der Errichtung der Photovoltaik-Anlage bestehend aus einer Größe von 44 Megawatt Peak (kWp) und einer Fläche von ca. 44,05 ha muss in Abstimmung mit der Stadt Einbeck die Löschwasserversorgung sichergestellt werden. 2. Hinsichtlich der jederzeit ordnungsgemäß und ungehinderte Errichtung des Aerial für den Brandschutz erforderlichen Einsatz von Fernlöschern.	Zu 1.2.1 Die Angaben zur Brandschutzsicherheit im Vorhaben und Erschließungsplan berücksichtigt. Darüber hinaus erfolgen im Durchführung der entsprechenden rechtlichen Regelungen. Zudem erfolgt eine entsprechende Abstimmung mit dem Stadtbrandmeister. Der Vorhabenstreber strebt zudem eine weitere Abstimmung und Ortsbegehung mit dem Stadtbrandmeister nach Inbetriebnahme an.

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>der öffentlichen Verkehrsfläche gemäß den RiFiFe1 vorhanden sei tailplanung ist mit dem Stadtbrandmeister Lachstädter abzustimmen Tore in den Zufahrtsbereichen bzw. evtl. Zugangstüren müssen über erwehrschließung Einbeck verfügbare Alveolen an den Zugängen die Installation eines Feuerwehrschrüsseldepots (FSD) 1 mit der Feuerweh Einbeck möglich.</p> <p>3. Werden Trafos bzw. Trafostationen auf dem Baugrundstück errichtet, ist die Verordnung über den Bau von Betriebsräumen für elektrische Anlagen zu berücksichtigen. Daraus ergeben sich brandschutztechnische Anforderungen.</p> <p>4. Im Bereich der v.g. Transformators ist eine Bewegungsfläche gemäß RiFiFe für mindestens zwei Einsatzfahrzeuge vorzusehen, die ein ungehindertes Befahren ermöglichen.</p> <p>5. Für die PA-Anlage ist ein Feuerwehrplan auf Grundlage der DIN 14710 in Abstimmung mit der Brandschutzprüferin / dem Brandschutzprüfer zu erstellen. U.a. sind maßgebliche Anlagenkomponenten, die Leitungsstränge von den Modulen zu den Wechselrichtern, Transformatoren bis zur Übergabestelle des zuständigen Energieversorgungsunternehmens darzustellen.</p> <p>6. In Abstimmung mit dem Stadtbrandmeister ist nach der Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage eine Ortsbegehung sowie Einweisung in die Brandschutztechnik durchzuführen, sowie Schulungen zur Brandbekämpfung in der Nähe elektrischer Anlagen anzubieten.</p> <p>7. Aus gegebenen Anlass sollte ein regelmäßiges Beweiden oder Mähen der Fläche erfolgen, um eine Minimierung eines möglichen Vegetationsrisikos vorzubeugen (i. d. R 2 x p. a.).</p>	<p>Die weiteren Auflagen zur Brandschutzsicherheit sind auf Ausführung durch den Vorhabenträger vorzulegen. Die Vorlegen erforderlicher Unterlagen erfolgt vor Baubeginn und Baufreigabe.</p> <p>Hinsichtlich der regelmäßigen Beweidung bzw. Bewirtschaftung der Fläche enthält der Bebauungsplan mit der Festsetzung M4 eine entsprechende Vorgabe. Die Ausgestaltung und konkrete Bewirtschaftung ist im Rahmen der Ausführungsplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und dem Vorhabenträger bzw. Erschließungsträger weitergeleitet.</p>
1.3 Wasserschutz	
1.3.1 Anlagen am Gewässer / ÜSG	



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Sollten im Rahmen der Baumaßnahmen zu erwartende Zufahrtsweggräben (Gräben sind nach Niedersächsischem Wassergesetz (NWG) III. Ordnung) geschaffen werden, so ist Folgendes zu beachten:</p> <p>Für gegebenenfalls erforderliche Grabenverrohrungen sind wasserrechtliche Genehmigungen gemäß § 57 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen.</p> <p>Verrohrungsmaßnahmen unter 9,0 m Länge (auch von Wegeseite (Gewässer III. Ordnung)) sind wasserrechtlich genehmigungsbedürftig im Gewässer gemäß § 57 NWG. Auskunft erteilt Ihnen Herr S. 05551 7087 und jschley@landkreis-helm.de.</p> <p>Antragsunterlagen sind unter www.landkreis-helm.de/BauenUndUmwelt-UntereWasserbehörden Bauliche Anlagen an oberirdischen Gewässern herunter zu laden.</p> <p>Kreuzungen oder Parallelverläufe von unter anderem Kabelleitungen, Anlagen und Vernetzung / oder Entsorgungsleitungen mit Gewässern, mit nicht ganzjährig wasserführenden Gräben, sind gemäß § 57 NWG genehmigungsbedürftig.</p>	<p>Zu 1.3.1</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und dem Vorhaben bzw. Erschließungsträger weitergeleitet. Im Rahmen der Bauleitplanung dienen die Hinweise der Kenntnisnahme. Aus Gründen der Informationspflicht werden die gegebenen Hinweise in die Begründung aus Sicht der Fachplanung aufgenommen.</p>
1.3.2 Gewässerausbau / Hochwasserschutz	
<p>Vorsorglich weise ich darauf hin, dass es für die Herstellung, Beseitigung oder wesentlichen Umgestaltung von Gewässern, zuvor eines wasserrechtlichen Ausbaufahrens gem. § 68 Wasserhaushaltsgesetz bedarf.</p>	<p>Zu 1.3.2</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und dem Vorhaben bzw. Erschließungsträger weitergeleitet. Im Rahmen der Bauleitplanung dienen die Hinweise der Kenntnisnahme. Aus Gründen der Informationspflicht werden die gegebenen Hinweise in die Begründung aus Sicht der Fachplanung aufgenommen.</p>
1.3.3 Grundwasser	

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Arbeiten, die so tief in den Boden eindringen, dass sie sich unmittelbar auf die Bewegung, die Höhe oder die Beschaffenheit des Grundwassers auswirken können (z. B. Bohrungen für die Baugrunduntersuchung, Herstellung von Baugruben und Fundamenten etc.), sind dem Landkreis Lüneburg, Northeim Untere Wasserbehörde einen Monat vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen (§ 49 Abs. 1 WHG). Wird dabei unbeabsichtigt Grundwasser erschlossen, ist dies ebenfalls anzuzeigen (§ 49 Abs. 2 WHG).</p> <p>Zur Reinigung der Solarmodule darf nur Wasser ohne Zusätze verwendet werden.</p> <p>Bei Stilllegung bzw. Aufgabe der Photovoltaikanlage sind sämtliche ober- und untergrund befindlichen Anlagenteile (z. B. Fundamente, etc.) vollständig zu entfernen.</p>	<p>Zu 1.3.3</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanung gibt es keine rechtlichen Grundlagen den Rückbau von Anlagen verbindlich festzusetzen. Stattdessen kann der Rückbaumodalitäten zwischen der Stadt und den Vorhabenträgern in einem Durchführungsvertrag gemäß § 2 BauGB geregelt werden. Dies ermöglicht eine rechtssichere und transparente Festlegung der Bedingungen für den Rückbau der PV-Flächenanlagen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und dem Vorhaben bzw. Erschließungsträger weitergeleitet. Im Rahmen der Bauleitplanung dienen die Hinweise der Kenntnisnahme.</p>
1.3.4 Abwasser	
<p>Die vorgesehenen Grundstücke haben nach dem NIBIS Kartenservice (https://nibis.lbeg.de/cardomap3/) überwiegend eine sehr hohe bis hohe Wassererosionsgefährdung (KWasser2) und weisen auch Gefälle auf.</p> <p>Daher ist dafür Sorge zu tragen, dass das anfallende Niederschlagswasser auf dem Grundstück versickert und nicht über die Zeit bei Regenfluss, Erosionsrinnen auf Nachbargrundstücke fließt (§ 37 WHG).</p>	<p>Zu 1.3.4</p> <p>Die Anforderungen an den Oberflächenwasserabfluss gemäß § 5 der Bauordnungen der Bundesländer sind bei dem Vorhaben berücksichtigt und durch die Vorhabenträger umgesetzt. Das Niederschlagswasser wird auf dem Grundstück beidseitig flächig über die belebte Bodenzone versickert. Diese Methode gewährleistet eine natürliche Versickerung und reduziert das Risiko für Oberflächenabfluss.</p> <p>Für die Befestigung der Solarpaneele werden Ramppfosten ohne Fundamente verwendet. Dies führt zu minimalen punktuellen Eingriffen in den Boden, wodurch die natürliche Bodenstruktur weitgehend erhalten bleibt und die Versickerungsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird.</p> <p>Zusätzlich wird darauf geachtet, dass die Erschließungsfläche versickerungsfähig gestaltet werden. Durch diese Maßnahmen wird sichergestellt, dass das anfallende Oberflächenwasser auf der Fläche versickern kann, ohne die Entwässerungssituation zu verschärfen.</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
	<p>Die Module werden so dimensioniert und platziert, dass keine Ertüchtigungsgräben entstehen und ein dauerhafter Bewuchs möglich ist. Die Vorgehensweise trägt dazu bei, dass das natürliche Gleichgewicht der Landschaft erhalten bleibt und das Vorhaben im Einklang mit den Anforderungen des § 5 WHG durchgeführt wird.</p> <p>Die Hinweise beziehen sich auf die Ausführungsplanung. In der Bauleitplanung dienen sie der Kenntnisnahme. Sie werden dem Vorhaben bzw. Erschließungsträger weitergeleitet.</p>
1.4 Kreisstraßen	
Grundsätzlich bestehen keine Bedenken gegen die Maßnahme. Sollte die Kreisstraße zusätzliche Zufahrten benötigt werden, wäre eine entsprechende Sondernutzungserlaubnis erforderlich. Ferner wäre die Bezeichnung der Kreisstraße auf 656 zu korrigieren. In der Planlage wird immer von der Kreisstraße K 565 gesprochen, die gibt es nicht.	<p>Zu 1.4</p> <p>In den vorliegenden Entwurfsunterlagen sind keine Plangebietsflächen eingezeichnet, die unmittelbar an die Kreisstraße angrenzen. Vor diesem Hintergrund sind keine Zufahrten von der Kreisstraße zum Plangebiet erforderlich. In Bezug auf die Bezeichnung der Kreisstraße erfolgt eine redaktionelle Änderung in den Planunterlagen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es erfolgt eine redaktionelle Änderung der Bezeichnung der Kreisstraße.</p>
1.5 Abfall- und Bodenschutz	
Zum oben genannten Vorentwurf zum Vorhaben bestehen keine Bedenken, sofern nachfolgende Hinweise (H) in die Stellungnahme aufgenommen werden:	<p>Zu 1.5</p> <p>Es wird auf den nachfolgenden Abwägungs- und Beschlussvorschlag 1.4.1 verwiesen.</p>
1.5.1	
1. Für die vorgesehenen Flächen sind keine Hinweise auf Altlasten (Altlasten, z.B. Altdeponien) ausgewiesen. Ferner sind keine Schutzgebiete (seltene Böden) betroffen, die der Maßnahme entgegenstehen (gemäß § 3 Abs. 1 i.V.m. § 4 Abs. 1 BauGB).	Zu 1.5.1

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>NIBISKartenserver des LBEG [Niedersächsisches Bodeninformation des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie]: https://nibis.lbeg.de/cardomap3/. (H)</p> <p>2. Durch die zu erwartenden Maßnahmen ist der Boden geringst beeinträchtigen. Für die Baumaßnahmen selbst wären für das Sch den erforderliche Schutzvorkehrungen zu treffen, insbesondere g denverdichtung, Bodenversiegelung, Bodenverwiegung, Bodenerosion, Bodenvermischung (§ 1 und 7 BBodSchG) in B-BodSchG] in bindung mit DIN 18915). (H)</p>	<p>Die Hinweise zum Schutzgut Boden werden ausführlich im Umwe Stufe 2 berücksichtigt. Des Weiteren ist festzuhalten, dass es si der Festsetzung der GRZ 1 von 0,05 lediglich um eine sehr gering siegelung im Plangebiet handelt. Überdaraus sind keine weiteren ne ven Beeinträchtigungen zu erwarten.</p> <p>Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.</p>
1.6 Naturschutz	
<p>Das beantragte Vorhaben stellt gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG eine in Natur und Landschaft dar, da mit der Veränderung der Gestalt zung von Grundflächen der Naturhaushalt und insbesondere das l schaftsbild erheblich beeinträchtigt werden. Gemäß § 15 Abs. 2 S 1 BNatSchG ist der Verursacher verpflichtet, unvermeidbare Beeir gungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaft auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzm men).</p> <p>Vorgesehene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind im Antrag zu be schreiben und, soweit erforderlich, in Plänen darzustellen. Diesbe in den vorliegenden Antragsunterlagen keine detaillierten Angaben Pläne enthalten. Ich bitte daher die erforderlichen Unterlagen nach Ferti stellung vom Antragsteller anzufordern und mir den Vorgang erne Prüfung vorzulegen.</p> <p>In der Eingriffsbilanzierung sind sämtliche Baumaßnahmen wie Zu gen, Stellplätze usw. zu berücksichtigen. Bei der Eingrünung sind lich standortheimische Laubgehölze gemäß dem Merkblatt des La Northeim zur Begrünung von Baugrundstücken zu verwenden. Sol satzmaßnahmen außerhalb des Baugrundstückes erfolgen, ist hier Baulast zu beantragen und eintragen zu lassen.</p>	<p>Zu 1.6</p> <p>DasPlangebiet dient als Brutrevier für Füllerchenpaare. Die Brutrevier werden durch externe Ausgleichsflächen kompensiert. Die vorlieg wurfsunterlagen enthalten alle Details zur Lage, Umfang und Maß der externen Ausgleichsfläche und sind mit der unteren Natursch abgestimmt.</p> <p>Die Eingriffsbilanzierung erfolgte nach den Empfehlungen des NLT -Photovolta- icanlagen. Dauerhaft ausgebaute, bzw. befestigte Zuwegungen un plätze sind nicht vorgesehen.</p> <p>Den vorliegenden Entwurfsunterlagen sind die Umweltbericht der zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan und zur Änderung des Fl zungsplanes beigelegt.</p> <p>Bei den Maßnahmen zur Eingrünung wird die ausschließliche Verv standortheimischer Gehölze verbindlich festgesetzt.</p> <p>Die genannten Natpotenziale werden im Umweltbericht erfasst un wertet.</p> <p>Aufgrund der überwiegend homogenen Strukturierung der Biotop bzw. dem Erhalt ökologischer Bereiche wurde auf einen Bestands zichtet, da dieser keinen Mehrwert an Informationen liefern würd</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
Erfasst und bewertet werden müssen Boden, Wasser, Klima/Luft, bende Pflanzen und Tierarten sowie das Landschaftsbild. Pflanzern roten Liste sind im Rahmen der Biotoptypenkartierung mit abzu	wird auch in der Rechnerischen Gegenüberstellung der beanspruchtoptypen deutlich. Innerhalb der durch die Module beanspruchten Flächen sind keine arten der Roten Liste zu erwarten. Auch im Rahmen der Bestandmen ergaben sich hierzu keine Anhaltspunkte. Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.
1.6.1 Maßnahme M4	
Ein Pflegeplan für die Flächen ist vorzulegen, damit sichergestellt die beabsichtigte Flächenentwicklung von Acker hin zu mesophile land auch tatsächlich stattfindet.	Zu 1.6.1 Der Hinweis wird im Rahmen der Bauleitplanung zur Kenntnis genommen. Eine verbindliche Rechtsgrundlage für die Erstellung eines Pflegeplan ist im Baugesetzbuch nicht enthalten. Es wird auf die Auswertungsplanung verwiesen.
1.6.2 Maßnahme P1	
Die Anlage einer einreihigen Heckenstruktur reicht nicht aus um die chen Eingriffe in das Landschaftsbild zu minimieren. Es ist eine mindestens dreireihige bis fünfzeihige Heckenstruktur der Umzäunung einzuplanen und umzusetzen, so dass auch eine B des Zauns erreicht wird und diese Anpflanzungen für wildlebende barrierefrei nutzbar sind.	Zu 1.6.2 Am südöstlichen Rand des Geltungsbereiches erfolgt eine dreireihung außerhalb der geplanten Umzäunung. Der Anregung wird in o.g. Weise gefolgt.
1.6.3 Fledermausvorkommen	
Aufgrund vorangegangener Planungen für den Windpark Stroit liegen Kenntnisse zu Fledermausvorkommen vor. Es muss davon ausgegangen werden, dass Quartiere von gebäudebewohnenden Fledermäusen in Ortschaften vorhanden sind. Ebenfalls wurden im Zuge dieser Untersuchungen Jagdgebiete der Zwergfledermaus identifiziert, die vor allem an Gehölzstrukturen orientieren. Es muss davon ausgegangen werden,	Zu 1.6.3 Für das Plangebiet wurde ein Artenschutzgutachten durch einen Fachgutachter erstellt. Durch den Fachgutachter wurden die entsprechenden Arten im Plangebiet gemäß den standörtlichen Gegebenheiten geprüft. Fledermausquartiere wurden im Plangebiet nachgewiesen.

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
auch die im vorliegenden Plangebiet vorkommenden Gehölzstrukturhabitate und Verbindungsrouten für Fledermausarten dargestellt. Auf diesem Hintergrund sind die Fledermäuse in den Unterlagen mit ehen und eventuelle Verluste von Nahrungsba zu berücksichtigen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
1.6.4 Zerschneidungseffekte	
Die trassenparallele Korridorfunktion von Begleitgrün der Verkehrstrassen z.B. Haselmaus oder Zauneidechsen und viele Arten wirbelloser Tiere berücksichtigt werden. Das ökologische Potential von den Verkehrstrassen muss bei der Planung berücksichtigt werden. Der nördliche Teil des Plangebietes ist langgezogen und bietet für größere Tiere keinerlei Durchkontaktierung. Demzufolge wird durch die Planung eine Querung für größere Tiere zwischen den Ortschaften Stroit und Naensen vollkommen unmöglich gemacht. Gemäß NLT Leitfaden 2023 sollen innerhalb großflächiger Solarparks (mind. 500 m Länge) Wanderkorridore mit einer Breite von mind. 20 m angelegt werden. Der längste zusammenhängende Teil des geplanten Solarparks ist 950 m lang.	Zu 1.6.4 Die vorliegenden Entwurfsunterlagen beinhalten ein reduziertes Plangebiet. Die Flächen entlang der Kreisstraße K1565 zwischen den Ortschaften Stroit und Naensen sind nicht mehr Teil des Geltungsbereiches. Darüber hinaus beinhaltet der vorliegende Entwurf des Bebauungsplans die Berücksichtigung eines Wanderkorridors nördlich zur Erhaltungsfestsetzung der Baugrenze soweit nach Norden verlagert, so dass ein mindestens 20 Meter breiter, nicht eingezäunter Wanderkorridor für Wildtiere entsteht. Somit ist eine Ausbreitung von Wildtierarten zwischen Feldflur und Bestand der Bäume gewährleistet. Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.
1.6.5 Feldlerchen oder andere Vogelarten des Offenlandes	
Sind Feldlerchen oder andere Vogelarten des Offenlandes betroffen, so werden CE-Maßnahmen notwendig. Geeignete Flächen für Ausgleichsmaßnahmen müssen vorab gefunden und mit einem entsprechenden Maßnahmenkonzept beplant werden. Hierzu verweise ich auf die Arbeitshilfe zur produktionsintegrierten Kompensation der NAWKN (https://www.nlwkn.niedersachsen.de/veroeffentlichungen/natur-schutz-arbeitshilfe-produktionsintegrierte-kompensation-pik-225484.html).	Zu 1.6.5 Für das Plangebiet wurde ein Artenschutzgutachten durch einen Sachverständigen erstellt. Das Plangebiet dient als Brutrevier für Feldlerchenpaare. Die Brutreviere werden durch externe Ausgleichsflächen kompensiert. Die vorliegenden Entwurfsunterlagen enthalten alle Details zur Lage, Ausdehnung und Maßnahme der externen Ausgleichsfläche und sind mit der zuständigen Naturschutzbehörde abgestimmt. In Bezug auf die weitere Brutvogelvorkehrungen sind Bauzeiten im Rahmen der Bauausführung einzuhalten. Der Anregung wird gefolgt.
1.6.6 Verschattungseffekte	

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Die Verschattungseffekte sind hier ebenfalls zu berücksichtigen, da in haft beschatteten Bereichen die ökologischen Funktionen und We Fläche stark eingeschränkt sind. Ein Mindestabstand zwischen den hen von 3,5 m (besser 5 m), ein Mindestabstand der Module von 0,8 m zum Boden sowie eine Maximaltiefe der Modultische gewä der Regel, je nach Ausrichtung des Parks, einen ausreichenden M besonnerter Bereiche.</p>	<p>Zu 1.6.6</p> <p>Es besteht keine gesetzliche Grundlage für die Förderung von Mindestbreiten zwischen den Modulreihen. Mehr wird anhand des vorliegenden Vorhaben und Erschließungsplans deutlich, dass der Großteil des Plangebietes lediglich verschattet wird. Die Reihenabstände zwischen 2,0 m bis 3,5 m gehalten werden. Die Module weisen zudem einen Mindestabstand von 0,8 m zum Boden auf.</p> <p>Im vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist festgesetzt, dass unterhalb der PV-Module eine geschlossene Vegetationsdecke gesichert wird. Aus dem Zusammenspiel zwischen den verschatteten und unverschatteten Bereichen kann sich eine vielfältige Flora und Fauna im Plangebiet entwickeln und die Biodiversität aufgrund der unterschiedlichen Merkmale der verschatteten und unverschatteten Bereiche erhöht werden. Darüber hinaus ergibt sich aufgrund der Festsetzungen zur Grundflächenzahl eine entsprechende Freifläche im Plangebiet zwischen den Modulreihen.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>
1.6.7 Landschaftsbild	
<p>Für die Bewertung des Eingriffes in das Landschaftsbild soll das Fachgutachten der Landschaftsbewertung für den Landkreis Northeim aus 2020 herangezogen werden. https://www.landkreis-northeim.de/portal/seiten/freizeitanlagen/9000002423900.html</p> <p>Der Umweltbericht sollte ein ökologisches Konzept für die Gestaltung des Solarparks beinhalten. Dieses Konzept sollte Teil des Grünordnungsplans werden, der ebenfalls in der nächsten Beteiligung mit einzureichen ist.</p> <p>Ich verweise auf die vorliegenden Leitfäden zum naturverträglichen Einsatz von Photovoltaik-Freiflächenanlagen des NLT und der KNE und bitte um Beachtung und Anwendung.</p> <p>Bei Rückfragen und Abstimmungen zum Thema Naturschutz ist Friedrich Hennenrich zuständig (dhennenrich@landkreis-northeim.de, 05551-70853), eine</p>	<p>Zu 1.6.7</p> <p>Der genannte Leitfaden wird in der Ausarbeitung berücksichtigt.</p> <p>Die Ausarbeitung eines Grünordnungsplanes als Fachplan wird im vorliegenden Fall als nicht zielführend gesehen, da in Ergänzung zum Umweltbericht kein Mehrwert erkannt wird. Das Ziel Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und des Landschaftsbildes zu vermeiden oder zu kompensieren wird im Umweltbericht vollumfänglich abgedeckt.</p> <p>Art, Umfang und Lage von Freiflächen ist durch das Vorhaben bestimmt. Der größte Teil ist vorgegeben. Die Lage und Inhalte von Pflanzflächen sind im Bebauungsplan verbindlich festgesetzt.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
Vorababstimmung zu den geplanten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ist dringend anzuraten.	
1.7 Raumordnung und Regionalplanung	
<p>Gemeinsam mit den bestehenden Freiflächen- und Photovoltaik-Planungen Stroit und Naensen, sowie Windenergieplanungen im betroffenen Landschaftsraum und bestehenden Vorbelastungen durch Bundesstraßen, Gleise und WEA wird eine Überbelastung des Raumes befürchtet.</p> <p>Zu Teilen des im Bauleitplanverfahren enthaltenen Gebietes sind im Rahmen von Vorababstimmungen Einschätzungen der Regionalplanung eingeholt worden. Das nun im Bauleitplanverfahren enthaltene Gebiet ist vollständig im Vorranggebiet Landwirtschaft nach aktuellem RRÖP 2022. Vorranggebiete Landwirtschaft sollen nach LROP 2022 nicht für andere Zwecke als PV in Anspruch genommen werden (4.2.1 Ziffer 03). Darüber hinaus liegt der geplante Bereich teilweise im Vorranggebiet und weitgehend im Vorranggebiet Landwirtschaft (nördlich der Eisenbahnstrecke: Vorranggebiet Landwirtschaft, südlich der Eisenbahnstrecke partiell Vorranggebiet Landwirtschaft) des planreifen zweiten Entwurfs der Neuaufstellung, der mit öffentlicher Bekanntmachung im Amtsblatt am 12.03.2025 seit dem 21.03.2025 öffentlich ausliegt.</p> <p>Die Flächenzuschnitte der Vorranggebiete und Vorranggebiete der Landwirtschaft basieren auf einem landwirtschaftlichen Fachbeitrag und der Bewertung der Bodenfruchtbarkeiten auf Grundlage aktueller Daten und Bewertungen des LBEG zur aktuellen Bodenkarte (BK50). Das Fachgutachten stützt sich auf die Ackerwertzahlen und berücksichtigt zudem unter anderem die Standortlagen, Bewirtschaftungsmöglichkeiten und Fruchtfolgen des Bodens. Die Vorranggebiete Landwirtschaft wurden im Rahmen der Abwägung im RRÖP-Verfahren mit anderen Belangen gegenübergestellt und nadergestellt mit dem Ergebnis, dass aufgrund der fehlenden Vorranggebiete der besonders fruchtbaren Böden gegenüber Freiflächen der Standortkonkreten Vorhaben, der Belang der Festlegung als Vorranggebiet Landwirtschaft überwiegt. Die Vorranggebiete Landwirtschaft sind mit der Festsetzung grundsätzlich nicht mit der hohen Flächeninanspruchnahme</p>	<p>Zu 1.7</p> <p>Hinsichtlich der kumulativen Wirkungen sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen ist das Gebiet bereits durch Verkehrswege und Kraftanlagen vorbelastet, zum anderen ist die Fläche überwiegend vom westlichen Blickhorizont her einsehbar. Zudem ist das Gebiet zwischen Stroit und Naensen und Stroit wirkt die Bahnlinie als Blickbarriere. Die Ortschaft Brunnenfisch liegt tiefer gelegen.</p> <p>Die Photovoltaikfreiflächenanlage stellt kein vertikales Störelement dar, sondern wirkt in erster Linie durch die Fläche. Diese ist bereits durch die Berücksichtigung des Kriterienkatalogs beschränkt.</p> <p>Die dominante Wirkung kann allerdings durch die geplante Eingrünung gemindert werden. Mit zunehmender Distanz reduziert sich auch die Wirkung der Anlage.</p> <p>Die vorliegenden Entwurfsunterlagen beinhalten keine detaillierte Darstellung der auf Ebene der Raumordnung ausgewiesenen Vorranggebiete der Landwirtschaft im Geltungsbereich. Daher wurde der Forderung des Landkreises nachgekommen.</p> <p>Gemäß des Landesraumordnungsprogramms (LROP) sind unter Sicherstellung der Erreichung der Ausbauziele der regenerativen Energiequelle die Belange der Landwirtschaft der gemeindlichen Abwägung zugänglich. Folgte demnach auf Ebene des LROP eine Öffnung der Vorranggebiete der Landwirtschaft für die Aufstellung von Photovoltaikanlagen.</p> <p>Vorranggebiete für Landwirtschaft sollen hinsichtlich der Nutzung für den Gewinn von solarer Energie vorrangig durch Photovoltaikanlagen genutzt werden. AgrarPV weist im Vergleich zu Photovoltaikfreiflächen eine Reihe an Nachteilen auf:</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Freiflächen-PV vereinbar. Im vorliegenden Fall wird durch die herausgehobene Bedeutung für die landwirtschaftliche Nutzung partiell ein Vorrang der Landwirtschaft, gegenüber dem bisherigen Vorbehaltsgebiet Land (RROP 2006), ausgewiesen.</p> <p>Das Vorranggebiet Landwirtschaft ist als in Aufstellung befindlich gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4a ROG nicht mit der vorliegenden Planung und deren Nutzung vereinbar. Die Umsetzung der Planung würde durch die beabsichtigte Flächeninanspruchnahme und Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage die Zielfestlegung der maschinellen, landwirtschaftlichen Nutzung unmöglich machen. Auf Grundlage der eingereichten Unterlagen und der zur geplanten Verortung und Ausgestaltung der Planung und Zielfestlegung lassen sich die Konkurrenzwirkung bzw. Vereinbarkeitssmöglichkeiten des Vorhabens gegenüber öffentlichen Belangen hinreichend beurteilen.</p> <p>-Photovoltaikanlagen</p> <p>Die Abwägung unterliegen, jedoch wäre im Rahmen des Bauleitungsverfahrens darzulegen, wieso im Gemeindegebiet keine anderweitigen Flächen für diese Nutzung zur Verfügung stehen oder geeignet sind. Sind im Gemeindegebiet ausreichend alternative Flächen grundsätzlich verfügbar, sind die Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft von der Errichtung von Photovoltaikanlagen auszunehmen. Die Alternativlosigkeit von geeigneten Flächen für Freiflächen-PV außerhalb der Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft im Gemeindegebiet wird von mir nicht als begründbar und bestandsfest angesehen.</p> <p>Hierfür spricht auch, dass nach § 3a NKlimaG (2012/2023) aktuell ein gemeinsames Schreiben von MU, ML und MW vom 17.11.2023 vorliegt, in dem es heißt: „Die Freiflächen-PV-Anlagen sind mit hohem Ertragspotenzial ausgestattet und können in der Landwirtschaft als Vorranggebiet für die Errichtung von Photovoltaikanlagen in Anspruch genommen werden sollen. Die Freiflächen-PV-Anlagen haben ebenso Eingang gefunden in den ersten Entwurf der Fortschreibung, der seit dem 08.04.2025 öffentlich zugänglich gemacht wurde.“</p>	<p>Mit Agrar-PV werden gegenüber Freiflächen-PV deutlich geringere Erlöse bei höheren Investitionskosten erzielt. Insbesondere im Fall von hoch aufgestellten Modulen steigen die Kosten aufgrund der aufwendigen Aufstände der teuren Spezialmodule stark an. Die Investitionskosten bei Freiflächen-PV mit ca. 1. Die Stromerlöse bei Agrar-PV sind dabei im Vergleich zu Freiflächen-PV aufgrund der größeren Reihenabstände der Module und der geringeren installierten Leistung deutlich geringer. Ein weiterer gravierender Nachteil ist die Sichtbeeinträchtigung der Agrar-PV. Bei Freiflächen-PV wurde in den letzten Jahren zunehmend Wert auf die Integration der Anlagen in das Landschaftsbild gesetzt. Dazu tragen um die Anlagen angelegte Streifenhecken sowie auch die blendfreie Herstellung der Module bei. Die hoch aufgestellten Agrar-PV ist mit einer Höhe von ca. 6,0 m weithin sichtbar und kann durch die Topografie und Hecken nicht verborgen werden. Bei der Betrachtung von Agrar-PV kann der Eindruck einer Halle oder kompletten Überdachung entstehen, welcher einen deutlichen optischen Eingriff in das Landschaftsbild stellt.</p> <p>Darüber hinaus dient die vorliegende Planung der Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Im Jahr 2030 soll deutschlandweit eine installierte Leistung für Photovoltaik von 98 Gigawatt erreicht werden. In diesem Zusammenhang soll Niedersachsen bis 2040 den Energiebedarf vollständig durch erneuerbare Energien abdecken. Hierbei spielt die Solarenergie eine wichtige Rolle. Durch Photovoltaikfreiflächenanlagen wird ein Bedarf von 15 Gigawatt gerechnet.</p> <p>Wie bereits richtig festgestellt, handelt es sich hinsichtlich der Verortung von Photovoltaikfreiflächenanlagen um einen sog. Grundsatz der Raumordnung, welcher in der Abwägung zugänglich ist. Die Stadt Einbeck hat zur Steuerung der Verortung von Photovoltaikfreiflächenanlagen im Stadtgebiet, außerhalb von privilegierten Flächen, einen Kriterienkatalog entwickelt. Der Kriterienkatalog</p>

¹ TFZ Technologie und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe, Stand und offene Fragen, S. 44.

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>wird die Absicht verdeutlicht, Freiflächen für weniger wertvolle landwirtschaftliche Flächen in regionaler und überregionaler Sicht zu lenken. Sollen nach § 3a NKlimaG Ackerflächen mit einem Bodenpunktwert > 65 sowie mindestens hoher potenzieller Erosionsgefährdung durch Wasser vorzuzug werden. Im Projektgebiet zeigt lediglich ein Flurstück über und arrondiert einen entsprechend geringen Bodenpunktwert < 65, der entsprechende potenzielle Wassererosionsgefährdung auf. Der übrige Teil (ca. 80 %) des Projektgebiets ist im Sinne des § 3a NKlimaG für PV vorzusehen.</p> <p>Ich weise vorsorglich darauf hin, dass neben der negativen Stellungnahme eine befristete Untersagung nach § 12 Abs. 2 ROG geprüft werden muss. Die angestrebte Planung wie oben dargelegt die Zielfestlegung der Planung ist im konkreten betroffenen Flächenzuschnitt unmöglich machbar. Mit dem zweiten ROP und der zweiten öffentlichen Bekanntmachung ist eine verlässliche Planreife geschaffen. Bei den betroffenen Landwirtschaft handelt es sich um einen hinreichend festgestellten Planungsstand. Durch die Genehmigung der Bauleitplanung und Umsetzung einer Freiflächen-PV-Anlage würden im Landkreis Northeim Fakten geschaffen, die im standortkonkreten Abschnitt dem Ziel des in Aufstellung befindlichen Raumordnungsprogramms widersprechen.</p> <p>Daher bitte ich dringend darum, über den weiteren Verfahrensverlauf Kenntnis gesetzt zu werden. Frau Nagel (snagel@landkreis.de, Telefon 05551/708 178) und Frau Busch (tfahlbusch@landkreis-northeim.de, Telefon 05551/708 193) stehen für eine Zustimmung zum weiteren Vorgehen gerne zur Verfügung.</p>	<p>soll die nachhaltige Energieversorgung steuern und somit einen Beitrag zur Klimaneutralität der Stadt Einbeck leisten. Der Kriterienkatalog umfasst u.a. flächenbezogene Kriterien sowie Verfahrensvorgaben und die Berücksichtigung der Idiosyncrasien und der wirtschaftlichen Aspekte. Der Solarpark Naensen erfüllt alle Vorgaben des Kriterienkatalogs, sodass die Stadt Einbeck die Umsetzung des Vorhabenträgers unterstützt. Hierbei gilt auch ein Kriterium der Inanspruchnahme hochwertiger landwirtschaftlicher Böden. In der NKlimaG Flächen mit einer höheren Ackerbodenwertzahl von mehr als 50 Punkten nicht für Photovoltaik Freiflächenanlagen in Anspruch zu nehmen, kann nicht pauschal auf das Stadtgebiet von Einbeck übertragen werden. Das Stadtgebiet von Einbeck zeichnet sich durch ein Vorkommen von hochwertigen landwirtschaftlichen Böden aus und weist daher durchschnittlich eine Bodenwertzahl von 65 Punkten auf. Diese Tatsache wird im Kriterienkatalog berücksichtigt, sodass die durchschnittliche Bodenwertzahl des Plangebietes unterhalb von 65 Punkten liegen muss. Der Solarpark Naensen erfüllt dieses Kriterium.</p> <p>Darüber hinaus hat sich die Stadt Einbeck mit räumlichen und inhaltlichen Alternativen auseinandergesetzt. Diese sind der Begründung zum Bebauungsplan zu entnehmen.</p> <p>Aufgrund der o.g. Gründe hat sich die Stadt Einbeck dazu entschieden, das Plangebiet von Photovoltaik Freiflächenanlagen anzufeststellen.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>
<p>2. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), 06.05.2025</p>	
<p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zu dem Vorhaben folgende Hinweise:</p>	

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>2.1 Baugrund</p> <p>Im Untergrund des Standort u. GOK zu erwarten, in denen mitunter Auslaugung stattfindet und eine Subrosion auftreten kann. Infolge der Lösungsprozesse (Subrosion) können im Untergrund Hohlräume bilden. Wird die Grenztragfähigkeit des Untergrundes überschritten, kann dieser Hohlraum liegenden Gebirges überschritten, kann dieser Hohlraum stürzen und bis zur Erdoberfläche durchbrechen (Erdfall). Im Standort und im näheren Umfeld bis 400m Entfernung sind bisher keine Erdfälle bekannt.</p> <p>Formal ist dem Standort die Erdfallgefährdungskategorie 2 zuzuordnen (gem. Erlass des Niedersächsischen Sozialministers "Baumaßnahmen in erdfallgefährdeten Gebieten" vom 23.2.1987, Az. 230510/2). Die vom LBEG hinsichtlich der Erdfallgefährdung empfohlene konstruktiven Sicherungsmaßnahmen beziehen sich auf Wohngebäude. Für die Planung von Photovoltaikanlagen nur eingeschränkt anwendbar.</p> <p>Wir empfehlen, bei den Baugrunderkundungen insbesondere auf Subrosion zu achten. In Abhängigkeit von den Ergebnissen der Baugrunderkundungen, sind gegebenenfalls die Gründungsmaßnahmen der geplanten Photovoltaikanlagen so anzupassen, dass mögliche Erdfälle durch die Gründungskonstruktionen schadlos aufgenommen werden können und die Gebrauchstauglichkeit der Anlagen dauerhaft sichergestellt ist. Weitere führende Informationen dazu unter www.lbeg.niedersachsen.de > Geofahren Subrosion > Hinweise zum Umgang mit Subrosionsgefahren.</p> <p>Im Zuge der Planung von Baumaßnahmen verweisen wir für Hinweise zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den Kartenserver (Thema Ingenieurgeologie). Die Hinweise zum Baugrund am Standort sollen durch geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht ersetzt werden. Die geotechnische Baugrunderkundung und Untersuchung sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN-1997-2 in Verbindung mit der DIN 4020 der jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p>	<p>Zu 2.1</p> <p>Die Hinweise werden auf Ebene der Bauleitplanung zur Kenntnis genommen. Zur Beachtung bei der weiteren Planung und Realisierung erfolgt ein gesonderter Hinweis in der Begründung. Aus Gründen der Informationspflicht werden die gegebenen Hinweise in die Begründung der Bauleitplanung aufgenommen.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
2.2 Boden	
<p>Die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden in Deutschland ist das Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG). Bei Bau, Betrieb und Rückbau von Photovoltaikanlagen (PVA) sind Beeinträchtigungen der im BBodSchG definierten Bodenfunktionen zu vermeiden oder zu mindern. Dies entspricht der Vorsorgepflicht des BBodSchG (§ 2 Abs. 1), die Bodenveränderungen sind abzuwehren (BBodSchG § 4). Demzufolge sind im Folgenden Empfehlungen zum Bodenschutz bei der Planung und bei Bau bzw. Rückbaumaßnahmen von PVA. Zudem geben wir fachliche Hinweise zur weiteren Prüfung im Verfahren.</p> <p>Allgemein weisen wir auf den LBOT hin, der zum Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie hin, in dem fachliche Hinweise gebündelt sind.</p>	<p>Zu 2.2</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
2.2.1 Bodenschutz in der Planung von PVA	
<p>Für die Installation von Photovoltaikanlagen sollen vorrangig bereits ungenutzte Flächen sowie Flächen auf oder an Gebäude oder sonstigen Anlagen in Anspruch genommen werden (vgl. LROP 4.2.1, O3). Wird dieses Potenzial folglich, dieses Potenzial von der Installation von PVA auszuschöpfen.</p> <p>Zur fachgerechten Berücksichtigung in der Planung sollte das Schutzgut Boden in dem zu erarbeitenden Umweltbericht entsprechend der Anforderungen des Baugesetzbuch (BauGB) ausführlich beschrieben und eine Bodenbewertung entsprechend der im Bundesbodenschutzgesetz (vgl. § 2 Abs. 1 BBodSchG) genannten Funktionen vorgenommen werden. Zur Unterstützung bei der Bewertung der Bodenfunktionen und der Empfindlichkeit der Böden stellt das LBEG über den NIBIS® Kartenserver bodenkundliche Diagramme bereit, die in der Planung verwendet werden können. Eine Beschreibung der Diagramme und Hinweise zur Anwendung finden Sie auf den Fakten 40.</p>	<p>Zu 2.2.1</p> <p>Im Landkreis Northeim und im Stadtgebiet der Stadt Einbeck besteht zwar noch großes Potenzial für Anlagen auf Dachflächen, diese sind aber aufgrund ihrer Kleinflächigkeit in der Regel nicht raumbedeutsam. Durch die Nutzung von PVA Freiflächenanlagen wird dem Grundsatz der Raumordnung, die Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien in zunehmendem Maße auszuschöpfen und zu fördern, Rechnung getragen.</p> <p>Die Auswirkungen auf das Schutzgut Boden werden in den Umweltverträglichkeitsstudien des Bebauungsplanes und der Flächennutzungsplanänderung dargestellt. Hierzu wurden die gängigen Kartenserver genutzt. Die Unterlagen beinhalten in diesem Zusammenhang auch eine Auseinandersetzung mit einer möglichen Schwermetallbelastung.</p> <p>Mit getroffenen Festsetzungen erfolgt eine möglichst geringe Versiegelung im Plangebiet. Mit der GRZ1 0,05 wird die Versiegelung im Plangebiet maximal 5% der Gesamtfläche begrenzt.</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Im Plangebiet befinden sich laut den Daten des LBEG Suchräume würdige Böden entsprechend GeoBerichte 8 (Stand: 2019). Im Pl handelt es sich um folgende Kategorien:</p> <p>Kategorie</p> <p>hohe- äußerst hohe Bodenfruchtbarkeit</p> <p>Die Karten können auf dem NIBIS® Kartenserver eingesehen werden dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 04) sind B che die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion in be Maße erfüllen, vor Maßnahmen der Siedlungsinfrastrukturentwickl besonders zu schützen. Schutzwürdige Böden sollten bei der Erm Kompensationsbedarfs besondere Berücksichtigung finden.</p> <p>Entsprechend den Daten des LBEG sind die Böden empfindlich geg</p> <p>sind durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden Schutz und zur Mi derung der Beeinträchtigungen des Bodens.</p> <p>Den Rückbau der Anlagen und die Folgenutzung der Flächen empf bereits in der Planung frühzeitig in den Blick zu nehmen. Sofern d zuvor als Flächen für die Landwirtschaft genutzt wurden, sollte n der Nutzung als PVA eine Rückführung in diese Nutzung erfolgen. Di dient aus bodenschutzfachlicher Sich insbesondere der Vermeidun dauerhaften Flächeninanspruchnahme für Siedlungsverkehrsflächen. Das BauGB bietet hierzu die Möglichkeit über §9 Abs. 2. Demnach Bebauungsplan festgesetzt werden, dass die baulichen und sonst zungen und Anlagen nur für einen bestimmten Zeitraum oder bis Eintritt bestimmter Umstände zulässig sind und anschließend in e gebene Folgenutzung überführt werden.</p> <p>Wir empfehlen eine möglichst versiegelungsarme Gestaltung der . Auf befestigte Zuwegungen sollte folglich so weit wie möglich ve</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
werden. Die Gründung der Anlagen mit Pfählen oder Ankern ist aus schutzfachlicher Sicht einer Gründung mit Betonfundamenten vorzuziehen.	
2.2.2 Bodenschutz beim Bauen	
<p>In der Planung sollten zudem frühzeitig Grundsätze zum Bodenschutz beim Bauen verankert werden. Diese sind gemäß DIN 19639 u.a. dann von besonderer Bedeutung, wenn die Böden nach der Maßnahme weiterhin die gleichen Bodenfunktionen erfüllen sollen, wie vor der Etablierung von FFV der Fall ist. Beim Bau von FFV bestehen unterschiedliche Wirkfaktoren, die die negative Beeinträchtigungen des Bodens auslösen können. In der Bauphase sind dies insbesondere Baustraßen, Lagerflächen, Befahrung durch Maschinen, Bodenaushub und Lagerung. Auch anlagebedingte Versiegelungen sind Böden betroffen, insbesondere durch Versiegelung, die Verlegung von Kabelverbindungen im Boden oder durch die Überdeckung durch Gebäuden.</p> <p>Aus bodenschutzfachlicher Sicht geben wir nachfolgend einige Hinweise zur Vermeidung und Minimierung von Bodenbeeinträchtigungen. Im Rahmen der Bautätigkeiten sind insbesondere folgende Normen zu berücksichtigen: DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Ausführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial.</p> <p>Um dauerhaft negative Auswirkungen zu vermeiden, sollten die Bereiche der Bewegungs-, Arbeits- und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Überfahrungsverbotszonen, Baggermatten) geschützt werden. Boden sollte im Allgemeinen schichtgetrennt abgetragen werden. Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnahe, schichtgetrennt und möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen werden (gemäß DIN 19639). Außerdem sollte das Vermischen von verschiedenen Körnungen oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Auf verdichtungsempfindlichen Flächen sollten Stützmatten oder Baggermatten zum Schutz vor mechanischen Belastungen aufgelegt werden. Besonders bei diesen Böden sollte auf die Witterung und den Feuchtegehalt im Boden geachtet werden, um Strukturschäden zu vermeiden.</p>	<p>Zu 2.2.2</p> <p>Die Umweltauswirkungen der Planung auf das Schutzgut Boden während der Bau- und Betriebsphase werden im Umweltbericht dargestellt. Die Auswirkungen auf die Geologie und die Grundwassersituation sind während der Bauphase als gering einzustufen und insgesamt auf einen bestimmten Bereich des Geltungsbereichs beschränkt. Die tatsächliche Bodenversiegelung durch Fundamente, Einfriedungen, Technikstationen u.ä. ist sehr gering und beträgt bei maximal fünf Prozent der gesamten Geltungsbereichsfläche.</p> <p>Die Hinweise hinsichtlich der bodenkundlichen Baubegleitung der Bauleitplanung der Kenntnisnahme. Es wird auf die Ausführungsplanung verwiesen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ausführungsplanung verwiesen.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>den. Bodenerosion durch ablaufendes Niederschlagswasser von den Flächen ist zu vermeiden. Besonderer Handlungsbedarf besteht für die Flächen in Hanglage.</p> <p>Insbesondere bei größeren Vorhaben empfehlen wir die Hinzuziehung bodenkundlicher Baubegleitung und die Erstellung eines Bodenschutzes. Ziel der bodenkundlichen Baubegleitung ist es, die Belange des Bodenschutzes im Rahmen von Bauvorhaben zu erfassen, zu bewerten und negative Auswirkungen auf das Schutzgut Boden durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden. Als fachliche Grundlage sollte der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG dient als Leitfaden zum Thema in Niedersachsen.</p> <p>Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zum Beispiel in der Geofakt 31 Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Baupraxis zu finden.</p>	
2.3 Hinweise	
<p>Sofern Hinweise zu Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträgen für Sie relevant sind, beachten Sie bitte unser Schreiben vom 04.03.2024 (L6721407-2024-0001).</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir Ihnen folgende Hinweise.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte zwischen raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als pauschal noch zellscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Zu 2.3</p> <p>In Bezug auf das Vorhandensein von Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträgen wurde der NIBIS Kartenserver berücksichtigt. Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträge konnten im Plangebiet nicht identifiziert werden.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>3. Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Kampfmittelbeseitigungsdienst, 22.04.2025</p> <p>Sie haben den Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) Niedersachsen Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hannover als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) oder im Rahmen einer anderen Planung um Stellungnahme gebeten. Diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.</p> <p>Im Zweiten Weltkrieg war das heutige Gebiet des Landes Niedersachsen vollständig durch Kampfhandlungen betroffen. In der Folge können noch nicht detonierte Kampfmittel, z.B. Bomben, Minen, Granaten, sonstige Munition im Boden verblieben sein. Daher vor geplanten Bodeneingriffen grundsätzlich eine Gefährdungsbeurteilung hinsichtlich der Kampfmittelbelastung durchgeführt werden.</p> <p>Eine mögliche Maßnahme zur Beurteilung der Gefahren ist eine historische Erkundung, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Auswirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Kriegsluftbildauswertung). Eine weitere Möglichkeit ist die Sondierung durch eine geotechnische Kampfmittelräumfirma. Bei der zuständigen Gefahrenabwehr (in der Regel die Gemeinde) sollte sich vor Bodeneingriffen über die geltenden Vorgaben informiert werden. Bei konkreten Baumaßnahmen rät der KBD zudem über geeignete Vorgehensweisen.</p> <p>Hinweis:</p> <p>Eine Kriegsluftbildauswertung kann beim KBD beauftragt werden. Die Auswertung ist gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Eine Kriegsluftbildauswertung ist im Rahmen dieser Stellungnahme vorgesehen und aus personellen Gründen nicht möglich, da prioritär nach NUIG bearbeitet werden. Ein Auszug aus dem Kampfmittelinformationssystem ist ebenfalls nicht mehr vorgesehen. Der KBD informiert die z</p>	<p>Zu 3</p> <p>Dem Vorhabenträger liegt bereits eine Untersuchung auf Kampfmittel durch das LGLN vor. Gemäß der Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Zur Beachtung bei der weiteren Planung und Realisierung erfolgt ein gesonderter Hinweis in der Begründung. Aus Gründen der Informationspflicht werden die gegebenen Hinweise in die Begründung des Bebauungsplanes im Falle der Realisierung aus Sicht der Fachplanung</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>ständigen Gefahrenabwehrbehörden unmittelbar über Ergebnisse führter Auswertungen. Dabei erkannte Kampfmittelbelastungen s Gefahrenabwehrbehörden daher bereits bekannt.</p> <p>Sofern eine kostenpflichtige Kriegsluftbildauswertung durchgeführt soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung und wendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die folgenden Link abrufen können:</p> <p>https://kbd.niedersachsen.de/startseite/allgemeine_informationen_mittelbeseitigungsdienst_niedersachsen_207479.html</p>	
<p>4. Stadt Einbeck, FB Stadtentwicklung und Bauen, Sachgebiet Stadtentwicklung und Denkmalpflege, 14.05.2025</p>	
<p>Die Flächen des geplanten "Solarpark Naensen" befinden sich direkter bekannten steinzeitlichen Fundstelle (Naensen Fst. 4).</p> <p>Darüber hinaus bestehen große Teilbereiche des Baufeldes aus mchen Wölbackerflächen (Naensen Fundstelle 12).</p> <p>Deshalb müssen alle Erdarbeiten mit Mutterbodenabtrag (Leitung Baustelleneinrichtungsflächen etc.) archäologisch begleitet und deckte Befunde nach den üblichen Standards dokumentiert und abgeben werden. Weiterhin wird eine Auflagenliste erstellt werden, welche die der nach dem Nutzungszeitraum stattfindende Demontage der Trstrukturion regelt: die eingerammten Trägerelemente müssen einzeln recht gezogen werden, um keinen zusätzlichen Schaden an noch nen Bodendenkmälern verursachen.</p>	<p>Zu 4</p> <p>In den Umweltberichten erfolgt die redaktionelle Ergänzung zu den bekannten Bodendenkmälern. Die weiteren Hinweise werden im Rahmen der Bauleitplanung zur Kenntnis genommen. Es wird die Ausführungplanung verwiesen.</p>
<p>5. Landwirtschaftskammer Niedersachsen, 14.05.2025</p>	
<p>Vielen Dank für die Beteiligung am o.g. Verfahren. Aus Sicht, der vertretenden Belange nehmen wir wie folgt Stellung:</p>	<p>Zu 5</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Geplant ist die Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans, dem Ziel die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Freiflächenanlagen zu schaffen. Überplant werden soll ha Ackerland in den Gemarkungen Stroitz und Naensen. Teile der Flächen gemäß dem planreifen Vorhabenentwurf, welcher sich der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt am 12.03.2025 in der Mitteilung befindet auf landwirtschaftlichen Vorrangflächen. Die Ausweisung landwirtschaftlichen Vorrangflächen ist Niedersachsen weit einmalig. Aufgrund des Ressourcenverbrauchs und des globalen Bevölkerungswachstums nehmen land- und forstwirtschaftliche Flächen eine immer bedeutendere Funktion als Nahrungs- und Energieerzeugungsflächen ein. Insbesondere die Energiewende führte in den letzten Jahren zu drastischen Nutzungskonflikten, wie die Diskussionen und Konflikte, erneuerbare Energien versus fossiler Energienutzung oder auch der hohe Flächenverbrauch von landwirtschaftlichen Flächen für Siedlungs- und Verkehrsflächen zeigen.</p> <p>Die Landwirtschaft im Landkreis Northeim verfügt über Flächen mit hoher Fruchtbarkeit darüber hinaus ist die Region stark ackerbauprägt. Um dieser Tatsache ein entsprechendes Gewicht zu verleihen, sieht sich der Landkreis, das Landvolk und die Landwirtschaftskammer gemeinsam für den Schritt entschieden landwirtschaftliche Vorrangflächen auszuweisen. Hierfür wurde von der Landwirtschaftskammer das Kriterium der Bodenfruchtbarkeitsstufe (BFS) 7 (äußerst hoch) als wichtigstes Auswahlkriterium genutzt. Die Auswahl der Vorrangflächen sowie die Einschränkungen, wie zum Beispiel des Verbotes auf diesen Flächen Freiflächenphotovoltaikanlagen zu errichten wurde mit den vorgenannten Institutionen gemeinsam entschieden. Ziel dieser Planungen war es das beste Ackerland im Landkreis Northeim dauerhaft zu sichern und somit die Existenzgrundlage landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten.</p> <p>Änderungen im Baugesetzbuch (§ 35 Abs. 1 Punkt 8) ermöglichen es auch Anlagen längs von Autobahnen oder Schienenwegen des übergeordneten Verkehrs im Sinne des § 2 b des allgemeinen Eisenbahngesetzes mit mehr als zwei Hauptgleisen und in einer Entfernung zu diesen von bis zu 200 m Freiflächenphotovoltaikanlagen privilegiert zu errichten. Der Landkreis Northeim verfügt neben der BAB 7 über zahlreiche Bahnstrecken, welche</p>	<p>Die vorliegenden Entwurfsunterlagen beinhalten keine auf Ebene der Raumordnung ausgewiesenen Vorranggebiete der Landwirtschaft im Geltungsbereich.</p> <p>Die Stellungnahme wird in o.g. Weise bewertet.</p>



Zu 6.1

In den vorliegenden Entwurfsunterlagen sind keine Plangebietsflächen, die unmittelbar an die Kreisstraße angrenzen. Vor diesem Grund sind keine Zufahrten von der Kreisstraße zum Plangebiet erforderlich. Für die Zuwegung zu den Plangebietsflächen werden die vorhandene Verkehrswege genutzt.

Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
	Es sind keine direkten Zufahrten von der Bundesstraße zum Plangebiet. Für die Zuwegung zu den Plangebietsflächen werden die vorhandenen Wirtschaftswegen genutzt. Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.
6.3 Gefährdung der Verkehrsteilnehmenden durch Blendung	
Vor Beginn der baulichen Maßnahmen ist der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Gandersheim, ein entsprechendes Blendgutachten für die Vorarbeiten vorzulegen. Darin ist von einem Sachverständigen nachzuweisen, dass für die Verkehrsteilnehmenden der B 3 keine unzulässige Blendung durch die Solaranlagen auftritt und für eventuell notwendige Blendschutzmaßnahmen werden nicht vom LK Northeim übernommen. Vor Baubeginn ist dem Landkreis Northeim ein entsprechendes Blendgutachten für die B 56 zu übergeben. Kosten für eventuell notwendige Blendschutzmaßnahmen werden nicht vom LK Northeim getragen.	Zu 6.3 In den vorliegenden Entwurfsunterlagen sind keine Plangebietsflächen enthalten, die unmittelbar an die Kreisstraße angrenzen. Den Entwurfsunterlagen liegt dennoch ein Blendgutachten bei. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass mögliche Beeinträchtigungen von Fahrzeugführern auf der Kreisstraße ausgeschlossen sind. Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.
6.4 Beachtung des erweiterten kritischen Abstands AE gem. RPS 2009	
Die PV-Freiflächenanlagen werden aufgrund ihres Gefährdungspotenzials durch Fahrzeugrückhaltesysteme) zugeordnet. PV-Freiflächenanlagen können nur außerhalb des erweiterten kritischen Abstands AE gemäß RPS 2009 ohne Fahrzeugrückhaltesysteme (Schutzplanken) errichtet werden. Für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen innerhalb des erweiterten kritischen Abstands AE gelten die Regelungen der RPS 2009. Der erweiterte Abstand AE liegt in Abhängigkeit der Böschungshöhe für Straßen mit V _{zul} = 80 km/h bis 100 km/h zwischen 7 m und 26 m und für Straßen mit V _{zul} = 60 km/h bis 70 km/h zwischen 3 m und 22 m. Da auch Fahrzeugrückhaltesysteme ein erhöhtes Gefährdungspotenzial gegenüber einem ausreichend breiten, hindernisfreien Seitenraum aufweisen,	Zu 6.4 In den vorliegenden Entwurfsunterlagen wird die Bauverbotszone der Bundesstraße in Gänze von baulichen Anlagen freigehalten. Vor dieser Bauverbotszone sind keine negativen Auswirkungen durch die Planung auf die Straße zu erwarten. Die Hinweise werden in o.g. Weise zur Kenntnis genommen.



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>sollte der erweiterte kritische Abstand AE bei der Anlage von Anlagen nur in begründeten Ausnahmefällen unterschritten werden. Die Kosten, die hier durch Fahrrückhaltesysteme anfallen, werden tens der NLStBV und des LK North übernommen.</p> <p>Der NLStBV sind vor Baubeginn zwecks Prüfung Unterlagen vorzu nachweisen, dass die FV-Anlagen den o.g. erweiterten kritischen Abstand AE berücksichtigen. Für Unterschreitungen des erweiterten Abstand AE sind schriftliche Zusagen der NLStBV erforderlich. Zudem verpflichtet sich der Bauherr zur Zahlung einer Ablösung an Benbaulastträger.</p>	
6.5 Sanierung der B3	
<p>Die B3 in diesem Bereich befindet sich in der mittelfristigen Sanierungsplanung. Vor Beginn der Baudurchführung wenden Sie sich an:</p> <p>Nina Koch Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Ge- reich Gandersheim, Fachbereich Sachgebietsleiterin 32, Stiftsfreiheit 37581 Bad Gandersheim, Telefon: +49 5382 952, Fax: +49 5382 952, E- Mail: Nina.Koch@nlstbv.niedersachsen.de</p> <p>Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Zu 6.5</p> <p>Der Hinweis wird im Rahmen der Bauleitplanung zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ausführungsplanung verwiesen. Aus Gründen der Informationspflicht werden die Hinweise an den Vorhabenträger weitergeleitet.</p>
7. Deutsche Bahn AG DB Immobilien, 14.05.2025	
<p>7.1</p> <p>Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen sendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zu o.a. Vorhaben:</p>	<p>Zu 7.1</p> <p>Die genannten Leitungskabel befinden sich außerhalb des Planungsbereichs. Die Überplanung des Bahngeländes erfolgt nicht.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Entlang des Plangebietes verläuft die Bahnstrecke 1940 Helmstedt mind. Bahn km 115,3 116,8. Wir bitten daher die folgenden Auflagen, Bedingungen und Hinweise zu beachten:</p> <p>Es dürfen die Sicherheit und der Betrieb des Eisenbahnverkehrs planfestgestellten und gewidmeten Bahnstrecke 1940 nicht gefährdet werden.</p> <p>Die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit der Bahnanlagen (in Bahndamm, Kabel und Leitungsanlagen, Signale, Oberleitungsmasten, Gleise etc.) sind stets zu gewährleisten.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass auf oder im unmittelbaren Bereich Liegenschaften jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Leitungen oder Verrohrungen gerechnet werden muss.</p> <p>Der angefragte Bahnbereich enthält folgende Kabel- oder T-Anlagen der DB InfraGO AG:</p> <p>Hier verläuft entlang der angefragten Flächen Bahn links und rechts mit +Längen.</p> <p>Die Lage der Kabel/T-Anlagen kann den beigefügten Planausschnitten entnommen werden. Die Angaben zu Anlagen der Deutschen Bahn folgen nur auf Basis der vorhandenen Lagepläne. Die Eintragungen in der Karte sind für die Bauleitplanung nicht geeignet. Mit erdverlegten Kabeln ist jederzeit zu rechnen. Diese sind nicht im zentralen Archiv dokumentiert.</p>	
<p>7.2</p> <p>Empfohlene Maßnahmen bei Betroffenheit:</p> <p>Es ist eine örtliche Einweisung durch einen Mitarbeiter der DB Konstruktions- und Technik GmbH aus unserer Sicht erforderlich.</p>	<p>Zu 7.2</p> <p>Die Hinweise hinsichtlich der Bauausführung dienen der Bauleitplanung der Kenntnisnahme. Es wird auf die Ausführungsplanung verwiesen.</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Bitte teilen Sie uns schriftlich (mindestens 15 Arbeitstage vorher) Angabe unserer Bearbeitungsnummer 2025011367 den Wunschtermin zur 1. öffentlichen Einweisung mit. Bitte nutzen Sie dafür das beigefügte Formular zur 1. öffentlichen Einweisung und dieses ausgefüllt an folgende E-Mail-Adresse zu: DB.KT.Trassenauskunft@deutschebahn.com</p> <p>Die erfolgte Einweisung ist zu protokollieren.</p> <p>Die Forderungen des Kabelmerkkblattes sind strikt einzuhalten. Das Merkblatt und eine Verpflichtungserklärung liegen dem Schreiben bei.</p> <p>Bei Kreuzungen sind die Fernmeldekabel grundsätzlich zu unterkreuzen. Anlagen der DB InfraGO AG dürfen nicht überbaut werden und es muss ein Abstand von 2,00m eingehalten werden.</p> <p>Während der gesamten Baumaßnahme ist die Zugänglichkeit zu gewährleisten.</p> <p>Diese KabelAuskunft ist für einen Zeitraum von 24 Monaten gültig und bezieht sich ausschließlich auf den angefragten Bereich.</p> <p>Rechtzeitig vor Baubeginn/nach Abschluss der Planung ist es erforderlich, eine nochmalige Abfrage zwecks Änderungen der Örtlichkeit einzufordern.</p> <p>Die Ihnen überlassenen Unterlagen bleiben Eigentum der Deutschen Bahn AG und sind vertraulich. Sie dürfen weder an Dritte weitergeleitet noch vervielfältigt werden. Sämtliche Unterlagen sind nach Abschluss der Maßnahme zu vernichten.</p> <p>Sollten Sie bei den Bauarbeiten auf in den Plänen nicht angegebene Kabel oder TK-Anlagen stoßen, informieren Sie uns bitte unverzüglich: DB.Trassenauskunft@deutschebahn.com.</p> <p>Auskunft im Auftrag der Vodafone GmbH:</p> <p>Der angefragte Bahnbereich enthält keine Kabelanlagen der Vodafone GmbH.</p>	

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Bei Anfragen auf öffentlichem Grund stehen seit dem 1. April 201 standspläne der Telekommunikationsanlagen von Vodafone und V Kabel Deutschland für das gesamte Bundesgebiet gemeinsam über ragen per Mail wer- den nicht mehr beantwortet! Bitte nutzen Sie daher unseren kos SelfService unter https://partner.kabeldeutschland.de/webauskur neu/Datashop/.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass planfestgestelltes DB Gelände nicht ü wird.</p>	
<p>7.3</p> <p>Es sind die Abstandsflächen gemäß LBO sowie sonstige baurecht nachbarrechtliche Bestimmungen einzuhalten.</p> <p>Dach, Oberflächen und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder ü Bahngrund abgeleitet werden. Einer Versickerung in Gleisnähe kar zugestimmt werden.</p>	<p>Zu 7.3</p> <p>Das Plangebiet befindet sich südlich der Bahnlinie. Eine Überplanu Bahngeländes erfolgt nicht. Entsprechenden Abstandsflächen wer durch die Planung gewahrt. Die Zugänglichkeit des Bahngeländes hin gegeben. Die Versickerung von anfallenden Niederschlagswas auf dem Plangrundstück. Negative Auswirkungen auf das Bahngel nicht zu erwarten.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>7.4</p> <p>Photovoltaik bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgel zu gestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung schlossen ist. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung len, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen.</p> <p>Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Be Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sich Eisenbahnbetriebs (z.B. Sichteinschränkungen der Triebfahrzeugfü z.B. Blendungen, Reflexionen) stehen können und dass die Lärmemil nen des Schienenverkehrs nicht durch Reflektionseffekte erhöht</p>	<p>Zu 7.4</p> <p>Den Entwurfsunterlagen liegt ein Blendgutachten vor. Hierin konnte festgestellt werden, dass zwar einzelne Reflexionen für die Bahnte ten können, diese aber außerhalb des für den Zugführer relevante winkels liegen und somit nicht relevant sind. Darüber hinaus befie entlang der Bahnlinie eine dichtgewachsene Böschung, sodass ein d Sichtkontakt zu V-Anlage nicht gegeben ist. Vor diesem Hintergrund n Beeinträchtigung von Zugführern oder gar eine Blendung ausg schlossen werden.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich derzeit im planungsrechtlichen Auß und ist durch die vorhandenen Verkehrswege vorbelastet. Die üb</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>Die Deutsche Bahn AG sowie die auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen sind hinsichtlich Stau- und Schalleinwirkungen durch den Betrieb (z.B. Bremsabrieb) sowie durch Instandhaltungsmaßnahmen (z.B. Schleifrückstände beim Schienenschleifen) in der Lage, die Anforderungen zu erfüllen.</p> <p>Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die durch den Betrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber den Grundeigentümern geltend gemacht werden können. Bei mit 180 kV Stromleitungen überspannten Anlagen ist die DB bei allen witterungsbedingten Ereignissen (z.B. Eisabfall von den Seilen der Hochspannungsleitung, von allen Masten etc.) fristgerecht zu informieren.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass sowohl einmalige Überfahrten zur Anlage als auch dauerhafte Nutzung bestehender Zuwege über Bahnflächen vor Baubeginn abschließend geklärt sein müssen. Eine Klärung in enger Abstimmung mit den entsprechenden Fachdiensten der DB Fernverkehr AG ist zwingend erforderlich. Bei dauerhaften Zuwegungen ist eine vertragliche Regelung erforderlich.</p> <p>Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luftschall, Körperschall, Abgase, Funkenflug, Vibrationen z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch elektrische Felder etc.), die zu Immissionen in der Umgebung führen können.</p> <p>Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind gegebenenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauherren auf Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen.</p> <p>Eventuell erforderliche Schutzmaßnahmen gegen diese Einwirkungen durch den Bahnbetrieb sind gegebenenfalls im Bebauungsplan festzusetzen.</p>	<p>sionen im Außenbereich sind hinzunehmen und führen aufgrund der Nutzung der Plangebietes zur Energiegewinnung zu keinen negativen Auswirkungen.</p> <p>Die weiteren Hinweise hinsichtlich der Bauausführung dienen der Klärung der Kenntnisnahme. Es wird auf die Ausführungsplanung verwiesen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
7.5	Zu 7.5

Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
<p>In unmittelbarer Nähe unserer elektrifizierten Bahnstrecke oder B leitungen ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen chungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindliche zu rechnen. Es obliegt dem Bauherrn entsprechende Schutzvorkehru gen zu sorgen.</p> <p>Bei Bauausführungen unter Einsatz von Baugeräten (z.B. Mobil Kran, Bagger etc.) ist das Überschwenken der Bahnfläche bzw. de triebsanlagen mit angehängten Lasten oder herunterhängenden H boten. Die Einhaltung dieser Auflagen ist durch den Bau einer Überschwe begrenzung (mit TAV-Nahme) sicher zu stellen. Die Kosten sind von tragsteller bzw. dessen Rechtsnachfolger zu tragen.</p> <p>Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen, insbe Gleisen, müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetrie sprechen.</p> <p>Wir verweisen auf die Sorgfaltspflicht des Bauherrn. Für alle zu S satz verpflichtenden Ereignisse, welche aus der Vorbereitung, der führung und dem Betrieb des Bauvorhabens abgeleitet werden kö sich auf Betriebsanlagen der Eisenbahn auswirken, kann sich eine Haftun des Bauherrn ergeben.</p> <p>Wir empfehlen daher vor Baubeginn eine erneute Beteiligung der Immobilien, bei allen Baumaßnahmen durch den Bauherrn. Bei Bau nicht im Genehmigungsverfahren errichtet werden, is als Nachbar am Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Wir bitten Sie uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zu und uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Anlagen: Empfangsbestätigung Kabelmerkblatt Kabelmerkblatt Kabelschutzanweisung Vodafone</p>	<p>Angrenzend an die Bahnlinie sind innerhalb des Geltungsbereiches neugeplanten Gehölzstrukturen festgesetzt.</p> <p>Die weiteren Hinweise hinsichtlich der Bauausführung dienen der nung der Kenntnisnahme. Es wird auf die Ausführungsplanung ve Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>



Stellungnahme	Abwägungs und Beschlussvorschlag
Trasseneinweisung Trasseneinweisung mit Ortung Merkblatt erdverlegte Kabel 1997 Streckenplan 1940 km 114,40 Streckenplan 1940 km 114,786 Streckenplan 1940 km 115,350 Streckenplan 1940 km 115,686 Streckenplan 1940 km 116,559	

Einbeckden

